Albanien - ein sozialistisches Land in Europa Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 9 vom 28. Februar 1976 — 10. Jahrgang — 50 Pfennig

ÖTV-Apparat: Heute DM-Forderung - Morgen Lohnraubabschluß

Klunckers Betrug

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst haben begonnen. Von ihnen sind nicht nur die 2,2 Millionen im öffentlichen Dienst beschäftigten Kollegen betroffen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Kapitalisten und ihre Regierung versuchen, die im öffentlichen Dienst durchgesetzten Lohnraubabschlüsse gleichzeitig als Richtmarke für die anderen Industriezweige durchzusetzen. Im ÖTV-Bereich tritt der kapitalistische Staat, bei den laufenden Tarifverhandlungen durch Innenminister Maihofer vertreten, als „Arbeitgeber" auf. Für ihn sind die ÖTV-Tarifverhandlungen ein Instrument, um insgesamt die Interessen der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen.

ÖTV-Apparat, Eisenbahn- und Postgewerkschaft haben einen einheitlichen Betrag von 135 DM als Forderung aufgestellt. Bundesinnenminister Maihofer hat diese Forderung inzwischen als *,,überhöht''* bezeichnet und eine DM-Forderung grundsätzlich abgelehnt. Der ÖTV-Apparat hat dagegen erklärt, die Forderung würde die *„Teuerung ausgleichen"*, durch sie solle *„den unteren und mittleren Einkommensempfängern, die besonders von den Sparmaßnahmen betroffen seien, geholfen werden"*. Doch sind das die wahren Absichten des ÖTV-Apparates?

Zunächst einmal ist eine DM-Forderung gut und nicht schlecht, weil sie die Spaltung der Arbeiterklasse durch die starken Lohnunterschiede und die Konkurrenz unter den Arbeitern einschränkt und die Einheit und Solidarität der Arbeiter stärkt. Entscheidend aber ist die Frage, wie der Kampf geführt wird. Dadurch, daß der ÖTV-Apparat einen einheitlichen Markbetrag als Forderung aufgestellt hat, ist er keineswegs zu einem Kampfinstrument der Arbeiter geworden.

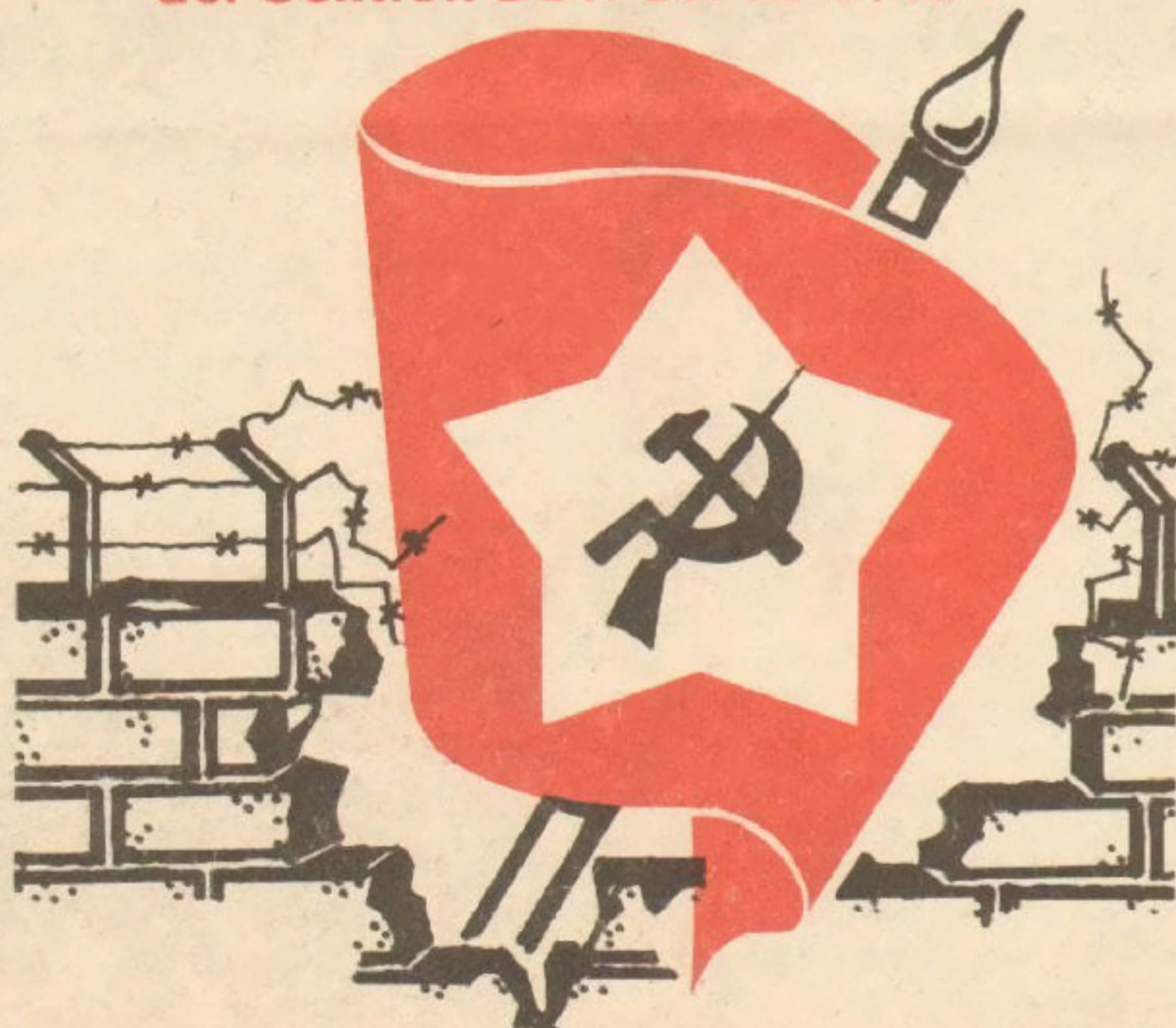
Warum greift der ÖTV-Apparat die DM-Forderung auf? Der ÖTV-Apparat versucht gerade dadurch, daß er die Unterstützung der Kollegen für eine solche Forderung ausnutzt, die klassenversöhnlerische Ideologie, ,,man müsse die Haushaltssituation des Staates berücksichtigen und Forderungen aufstellen, die maßvoll sind'', durchzusetzen. Daß von Anfang an keine Lohnerhöhung, sondern ein angeblicher Teuerungsausgleich gefordert wurde, ist Ausdruck dieser Ideologie.

Aber nicht einmal diese Forderung will der ÖTV-Apparat durchsetzen. Wöhrl, der Sprecher des ÖTV-Apparates erklärte: *„Falls die Arbeitgeber auf einen Abschluß in Prozent bestehen, wolle die ÖTV auf jeden Fall einen zweigeteilten Abschluß aus Prozenten und Mindestbetrag für alle erreichen"*. Und wie sich der ÖTV—Apparat für die Interessen des Staates einsetzt, wird auch deutlich, indem der ÖTV-Apparat dem Staat vorrechnet, daß *„Prozente für die öffentlichen Arbeitgeber auf jeden Fall teurer werden als Festbeträge"*.

Während die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten Lohnerhöhungen oder zumindest eine Absicherung ihres jetzigen Lebensstandards fordern, nutzt der ÖTV-Apparat die Sympathien der Kollegen für die DM-Forderung, um von der Höhe der Forderung abzulenken und den geplanten Lohnraub durchzusetzen. Diesem Zweck dient das ganze Gerangel um DM-Forderungen oder Prozentforderung und wenn nicht DM-Forderung, dann zumindest einen Sockelbetrag und eine Prozentforderung. Die 135 DM, die so und so nicht durchkommen, bedeuten bereits Lohnraub, denn es bleiben z. B. für eine vierköpfige Familie mit einem Bruttoeinkommen von 2000 DM ganze 56 DM

Fortsetzung auf Seite 4

Großveranstaltung zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML



DORTMUND, 7. März, 15.00 Uhr, Westfalenhalle, Halle 3. Es spricht: Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML.

Was kosten 125000 polnische Staatsbürger?

Bundestag beschliesst Menschenhandel mit Polen

Nach langen Redeschlachten und lautem Gezänk ist im Bundestag das jüngste Abkommen zwischen Warschau und Bonn ratifiziert worden. Daß Regierung wie Opposition in dieser Debatte große Worte wie „Moral", „Humanität" usw. von sich gaben, deutet nicht nur darauf hin, daß das Wahltheater wieder beginnt, sondern lag zugleich an dem Verhandlungsthema selbst. Denn was hinter den ganzen schwulstigen Phrasen verborgen werden soll, ist im Grunde nichts anderes als ein Geschäft mit der „Ware Mensch": 125000 polnische Staatsbürger sollen für 2,3 Mrd. DM gekauft werden. Über das Geschäft selbst sind sich alle Parteien im Bundestag einig, nur um den Preis versucht die Opposition eben noch zu feilschen.

Worauf beruht denn die Demagogie der westdeutschen Imperialisten und ihrer Vertreter im Bundestag? Sie sagen — mit dem Ausdruck tiefsten Wehleides, daß die deutsche Minderheit in Polen unterdrückt werde, daß sie verfolgt werde und daß man sie daher unbedingt freikaufen müsse. Gewiß, seit in Polen von der revisionistischen Husak-Clique und der heute herrschenden Gierek-Clique der Sozialismus zerschlagen und der Kapitalismus restauriert worden ist, seit in Polen die russischen Sozialimperialisten die Oberherrschaft führen, seit es wieder Ausbeutung und faschistische Unterdrückung des Volkes gibt, werden auch die nationalen Minderheiten in Polen unterdrückt. Und es ist angesichts dieser Lage auch nicht verwunderlich, wenn der deutschen Minderheit der „goldene Westen" in schönsten Farben gemalt wird, ihr Heil in der Aussiedlung zu sehen.

Aber ist es nun „Humanität", „Moral", die die westdeutschen Imperialisten veranlaßt, sich dieser Frage so sehr zu widmen? Sollten etwa ausgerechnet sie, die die nationalen Minderheiten in Westdeutschland schwer unterdrücken, die jeglichen politischen Zusammenschluß der italienischen, spanischen, türkischen und anderen ausländischen Arbeiter für ihre Interessen mit Gefängnis und Ausweisung bestrafen, zu Kämpfern für nationale Minderheiten geworden sein? Die Tatsachen selbst strafen das ganze Gerede von „Humanität" und „Moral" Lügen.

Fortsetzung auf Seite 2

Lockheed-Bestechungsaffäre

Mit Ausnahme von Strauss?

Im Oktober 1958 traf der damalige Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Strauß, die Entscheidung, die Bundeswehr mit dem „Starfighter" der amerikanischen Firma Lockheed auszurüsten.

Heute versucht Strauß in seitenlangen Dementis in deutschen und amerikanischen Zeitungen den Beweis zu erbringen, daß ausgerechnet die Bundesrepublik und ihre ehemaligen Kriegsminister zu den Ländern gehören, die Lockheed Aufträge erteilt haben, ohne durch entsprechende „Geschenke" dazu angeregt worden zu sein.

Bekanntlich behauptete Hauser vor dem Lockheed Untersuchungsausschuß in Amerika, daß die CSU 16 Mio. Dollar von der Firma Lockheed erhalten habe im Zusammenhang mit dem Kauf der Starfighter durch die Bundesregierung.

Tatsache ist, daß jedes Kind merken konnte, daß bei diesem Geschäft etwas oberfaul war. Als Strauß sich 1958 für den Starfighter entschied, tat er das nach eigenen Aussagen allein aufgrund von dessen Qualität. Allerdings hatte Strauß das Flugzeug überhaupt nicht gesehen. Denn er bestellte nicht die amerikanische Starfighter Version, sondern eine veränderte Konstruktion die auch als Träger atomarer Waffen zu verwenden sein sollte. Und noch bevor auch nur einer dieser deutschen Starfighter in der Luft erprobt war, erhöhte Strauß seine Bestellung von 250 auf 700.

Lockheed erhöhte währenddessen fortwährend seinen Preis — allein bei den ersten 96 Flugzeugen um 77 Mio. gegenüber dem vereinbarten Preis. Darüber hinaus machte Lockheed ein Riesengeschäft damit, daß es der Bundesregierung ein Flugzeug verkaufte, das nicht erprobt — auf deutsch: nicht fertig — war, als die ersten Starfighter geliefert wurden. Zig Einzelteile, die weiterentwickelt wurden, während gleichzeitig die Produktion bzw. die Auslieferung der ersten Flugzeuge schon lief, mußten natürlich nachgeliefert werden. Nebenbei schuf man sich so einen schier unerschöpflichen Markt für Ersatzteile.

Für Lockheed war das Ganze also ein Bombengeschäft auf Jahre hinaus. Ein Bombengeschäft, bei dem Lockheed über Leichen ging, muß man hinzufügen. Denn die 85 Piloten, die bei den inzwischen 180 „Starfighter"-Abstürzen ums Leben kamen, gehen allein auf das Konto der Profitgier der

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Warum scheiterten die Verhandlungen zum Bundestagswahlbündnis? 2
Treffen D„K"P/SED 3
Stillegungspläne bei F & G in Köln 4
Opel Rüsselsheim 5
Lage der Bauern wird immer elender 7
Essen: Nacht- und Nebelaktion der Kripo 7
Haftentlassung von K.-H. Roth verweigert 7
GDCF: Suspendierung von KPD/ML-Genossen aufgehoben 8
Marxisten-Leninisten in der CSSR 10
Supermächte: SU-Manöver im Kaukasus 10
Unfreiwilliges Geständnis des SU-Polizeichefs 10
Wofür kämpft das palästinensische Volk 11

Menschenhandel mit Polen

Fortsetzung von Seite 1

Was erwartet denn diese Menschen aus Polen im „goldenen Westen“? Arbeitslosigkeit, Isolierung, Ausplünderung, Unterdrückung. Während der letzten Flutkatastrophe in Hamburg zum Beipiel kam nebenbei ans Tageslicht, daß in Hamburg Aussiedler auf einer Elbinsel — vor den Fluten völlig ungeschützt — kaserniert in finsteren Baracken hausten, bis die Flut ihnen die letzte Habe nahm. Und das auf Anweisung derjenigen, die sich im Bundestag im Namen der Moral und der Menschlichkeit als Interessenvertreter dieser Menschen aufspielen!

Es ist allein das Geschäft, das zählt: 125000 Arbeitskräfte für 1,3 Mrd. Rentenausgleichszahlungen und 1 Mrd. Kredit, 18400 DM Kredit und Rentenausgleichszahlungen für eine Arbeitskraft. Es handelt sich keineswegs bei den Aussiedlern, wie vielfach angenommen, um alte Menschen, die hier vielleicht ihre Familie haben, sondern es sind vor allem arbeitsfähige junge Menschen. Rund 46% der im vergangenen Jahr eingetroffenen Aussiedler aus Polen waren jünger als dreißig Jahre!

Etwas anderes aber ist den westdeutschen Imperialisten politisch noch wichtiger an diesen Aussiedlern: Sie sollen ein frisches Reservoir darstellen für die überalterten und dezimierten revanchistischen „Heimatvertriebenen“verbände, die den westdeutschen Imperialisten dazu dienen, ihre revanchistischen Ziele, die „Heimat“ wiederzuerobern mit dem Hinweis auf diese Verbände zu rechtfertigen: „Das Volk will es ja so“.

Zum dritten sichert den westdeutschen Imperialisten dieses Abkommen durch den Milliardenkredit auch noch Einfluß in der polnischen Wirtschaft. Schon jetzt ist dieser Einfluß nicht gering. Die „Rote Fahne“, Zentralorgan der illegalen Kommunistischen Partei Polens, die dieses Abkommen der Gierek-Clique entschieden verurteilt, schreibt dazu: *„Die Außenhandelsbilanz Polens mit der Deutschen Bundesrepublik weist ein chronisches Defizit auf. Infolgedessen betrugen die Schulden Polens 1973 mehr als 1,6 Mrd. Mark und im vergangenen Jahr (1974) erreichten sie 2,4 Mrd. Mark. Das laufende Jahr ist für Polen wieder ein Defizitjahr. Welchen Sinn kann unter diesen Bedingungen der neue Kredit von einer Milliarde Mark haben? Es besteht kein Zweifel, daß der neue Kredit an den gegenwärtigen polnisch-westdeutschen Beziehungen nichts anderes ändert, als daß die Schulden Polens weiter steigen.“* Für die Arbeiterklasse Polens heißt das, daß sie nicht nur durch die polnische neue Bourgeoisie und die russischen Sozialimperialisten ausgebeutet wird, sondern auch noch die Ausplünderung durch den westdeutschen Imperialismus hinzukommt. Für den westdeutschen Imperialismus aber bedeutet dieses Abkommen, daß er in seinen revanchistischen Bestrebungen, auch wenn er diese gegenwärtig nicht verwirklichen kann, wie er möchte, bestärkt wird.

Dieses Abkommen ist zugleich eine Schande für die revisionistische Gierek-Clique. Auf der Jagd nach Krediten, um die von schweren Krisen geschüttelte kapitalistische Wirtschaft Polens auf den Beinen zu halten, scheut diese verkommene Bande sich nicht, wie ein Sklavenhändler die eigenen Staatsbürger zu verschachern. Offensichtlich haben sie dies von ihren Oberherren in Moskau gelernt, die eben diesen Menschenhandel mit sowjetischen Juden für Israel gegen US-Kredite betreiben. Auch den russischen Sozialimperialisten ist das Abkommen zwischen Bonn und Warschau durchaus lieb. Denn für sie bedeuten die Kredite für Polen, daß sie die polnische Wirtschaft noch mehr plündern und die eigene Kriegswirtschaft auf diese Weise stärken können.

Die Völker aber, das deutsche wie das polnische Volk, sind gegen dieses Abkommen, denn es ist ein Komplott, das auf ihre Kosten geschmiedet wird.

Warum scheiterten die Verhandlungen für ein Bundestagswahlbündnis

Am 14. Februar trafen sich auf Initiative des KBW Vertreter unserer Partei, der GRF (KPD), des KBW und des KABD, um über die Möglichkeit eines Wahlbündnisses zu den Bundestagswahlen zu beraten. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Verantwortung dafür liegt eindeutig beim KBW und beim KABD.

Unsere Partei ist aus hauptsächlich zwei Gründen für ein Wahlbündnis zu den Bundestagswahlen eingetreten. Erstens weil ein solcher gemeinsamer Kampf und die notwendig mit ihm verbundene ideologische Auseinandersetzung über die Grundfragen des Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution in Deutschland sicherlich Fortschritte im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten bringen kann. Zweitens wäre das Zustandekommen des Wahlbündnisses ein schwerer Schlag gegen den modernen Revisionismus gewesen. In vielen Wahlkreisen wären die vereinigten revolutionären Kräfte stark genug gewesen, die D„K“P-Revisionisten zu schlagen.

Es ist natürlich klar, daß ein Wahlbündnis nur dann in diesem Sinne erfolgreich sein kann, wenn ihm eine prinzipienfeste Einheit in den wichtigsten Fragen des revolutionären Kampfes zugrundeliegt. Auf der anderen Seite aber ist es falsch und spalterisch, die Frage der Aktionseinheit — und darum handelt es sich bei einem revolutionären Wahlbündnis — mit der Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten in einer kommunistischen Partei gleichzusetzen. Innerhalb eines solchen Wahlbündnisses können durchaus auch erhebliche Widersprüche zwischen den beteiligten Organisationen bestehen.

In seinem Einladungsbrief für die Verhandlungen nannte der KBW 3 Punkte, die seiner Ansicht nach für eine gemeinsame Beteiligung an den Bundestagswahlen unabdingbar sind: 1. Der „Kampf gegen den BRD-Imperialismus und die westdeutsche Finanzbourgeoisie als Hauptfeind der Arbeiterklasse auf dem Weg der proletarischen Revolution in Westdeutschland.“ 2. Der „Kampf gegen die beiden Supermächte, die größten Ausbeuter und Unterdrükker in der Welt, als Hauptfeinde der proletarischen Weltrevolution und Hauptfeinde der Völker der Welt im Kampf gegen Hegemonismus und Kriegsgefahr“. 3. Der „Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus, die das größte Hindernis ist beim Zusammenschluß des Proletariats auf dem Weg zu seiner Befreiung“. Die Vertreter unserer Partei stimmten dem Vorschlag des KBW zu, hauptsächlich über diese drei Punkte zu diskutieren. Zu Punkt 1 erklärte unsere Partei, daß ein revolutionäres Wahlbündnis allerdings nur auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes für den Sturz des westdeutschen Imperialismus möglich sei, daß alle sozialchauvinistischen Tendenzen zur Blockbildung und zur Versöhnung mit dem westdeutschen Imperialismus ausgeschlossen und bekämpft werden müssen. Dies gelte auch für die inzwischen leider stark ausgeprägten Tendenzen der GRF, für eine militärische Stärkung des westdeutschen Imperialismus und der anderen westeuropäischen Imperialisten und für eine Einstellung des Kampfes gegen den US-Imperialismus einzutreten. Im Rahmen des Wahlbündnisses sei es aber nicht notwendig, die Frage des Hauptfeindes aufzuwerfen, wenn Einheit darüber besteht, daß sowohl der westdeutsche Imperialismus als auch die beiden imperialistischen Supermächte kompromißlos bekämpft werden müßten. Zwar sei es falsch, wie die GRF den russischen Sozialimperialismus als Hauptfeind für Westdeutschland anzugeben, diese Auffassung sei aber noch nicht sozialchauvinistisch und kein Hindernis für Aktionseinheiten auf revolutionärer Grundlage. Außerdem betonte unsere Partei, daß ein Schwergewicht auf die Propagierung der Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats und der Entlarvung des Parlamentarismus gelegt werden müsse.

Zu Punkt 3 erklärte unsere Partei, daß der moderne Revisionismus in seinem reaktionären, konterrevolutionären Charakter vollständig entlarvt werden müsse: als Agentur des Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung, als Wegbereiter des Faschismus, als sozialfaschistisch, als 5. Kolonne des russischen Sozialimperialismus.

Zu den Verhandlungen legte unsere Partei den Vorschlag zu einem gemeinsamen Wahlaufruf vor. Dieser Vorschlag kann zur Information bei der Redaktion des ROTEN MORGEN angefordert werden.

Bei den Verhandlungen zeigte sich, daß KBW und KABD in keiner Weise an dem Zustandekommen eines Wahlbündnisses interessiert waren. Der KABD hatte sich von Anfang an gegen ein Wahlbündnis ausgesprochen. Seine Argumentation lief darauf hinaus, daß gegenwärtig nur der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse wichtig und alles andere hinderlich sei. Für den KBW aber war der Vorschlag, Verhandlungen über ein Wahlbündnis zu führen, offensichtlich nur ein taktisches Manöver, um den Vorwurf des Spaltertums abzuwenden. Ohne den geringsten Versuch zu machen, den ideologischen Kampf um die aufgeworfenen Fragen zu führen und eine Klärung zu erreichen, erklärten die Vertreter des KBW die Verhandlungen für gescheitert. Zur „Begründung“ führten die Vertreter des KBW aus, im KABD habe der Ökonomismus die Oberhand gewonnen (was sicherlich stimmt) und in der GRF der Sozialchauvinismus, woran richtig ist, daß sozialchauvinistische Tendenzen in der GRF immer stärker hervortreten. Um das zu erkennen, hätte es keiner Verhandlungen bedurft. Der KBW hat während der Verhandlungen keinen Versuch gemacht, den ideologischen Kampf gegen falsche Positionen voranzutreiben (von den von ihm vertretenen neorevisionistischen Positionen ganz zu schweigen.) Unserer Partei warf der KBW Sektierertum vor, ohne das auch nur im geringsten z. B. anhand des von uns vorgelegten Entwurfs des Wahlaufrufs zu begründen. Einzige „Begründung“ für das angebliche Sektierertum unserer Partei war für den KBW die Tatsache, daß unsere Partei grundsätzlich Aktionseinheiten mit den modernen Revisionisten und Trotzkisten ablehnt.

Die KVZ, das Zentralorgan des KBW, meint: „Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutende Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei“. Das ist reiner Zynismus. Diese Verhandlungen haben der Einheit der Marxisten-Leninisten keineswegs genützt. Weder haben sie zu einem gemeinsamen Vorgehen zu den Bundestagswahlen geführt, noch haben sie in irgendeiner Weise den ideologischen Kampf um die wichtigen Fragen der proletarischen Revolution in Deutschland vorangetrieben. Sie haben lediglich das Spaltertum des KBW enthüllt. Ein schwacher Trost.

Lockheed-Bestechungsaffäre

Fortsetzung von Seite 1

Lockheed-Kapitalisten. Ihr Tod war einkalkuliert, als man sich ausrechnete, daß man mit dem Konzept der gleichzeitigen Produktion und Entwicklung den üblichen Gewinn um etliche Millionen erhöhen könnte.

Strauß will nun, wie gesagt, nichts damit zu tun haben, weder mit den Lockheed-Millionen, noch mit den Lockheed-Morden. Wir haben hier nicht die Möglichkeit, auf alle Behauptungen und Gegenbehauptungen in Bezug auf Strauß, Lockheed und Hauser einzugehen. Ein Beispiel möge genügen: 1966 hatte Strauß Klage erhoben, weil ihm in einem umfangreichen Schriftsatz nachgesagt worden war, daß er von Lockheed Geld erhalten und es auch für sogenannte „zweifelhafte Vergnügungen“ in Amerika ausgegeben habe. Am Tag der Gerichtsverhandlung zog der Anwalt von Strauß jedoch unter anderem sämtliche Punkte der Klage, die sich auf Lockheed und Strauß bezogen, zurück. Dabei hätte Strauß an diesem Tage Gelegenheit gehabt, den „Lügner“ Hauser zu entlarven. Denn er stand damals als Zeuge der Gegenseite vor der Tür.

Die sogenannte Affäre Lockheed-Strauß ist in Wahrheit natürlich eine Affäre Lockheed-Bundesregierung. Denn nur in seiner Funktion als Verteidigungsminister der Bundesregierung war Strauß für Lockheed von Interesse. Im übrigen zeigt auch die Tatsache, daß nicht nur die CDU, sondern auch die SPD kein Interesse an einem deutschen Untersuchungsausschuß hat, daß hier nicht nur eine Person Dreck am Stecken hat. Außerdem fürchtet die SPD natürlich, daß man ihr gleich, wenn sie jetzt zu heftig auf Strauß schimpft, Wienand und die Paninter-Affäre unter die Nase reibt.

Die Lockheed-Affäre ist nicht typisch für bestimmte Politiker oder bestimmte Regierungen, die einen besonders schlechten Charakter haben. Sie ist typisch für den Imperialismus. Selbst der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses in Amerika, Church, gab indirekt zu, daß „Bestechung und Wahlspenden zu den normalen Geschäftskosten gehören.“



Korruption und Bestechung gehören — auch wenn sie normalerweise nicht bekannt werden — zum normalen Arsenal der großen Konzerne im Kampf um ihre Absatzmärkte. Das gilt in besonderem Maße für die Rüstungskonzerne, die miteinander um die Milliardenbeträge der Rüstungsetats der imperialistischen Staaten kämpfen. Die Lockheed-Affäre zeigt dabei nur die Spitze des Eisbergs. Und es geht dabei auch ohne Elemente wie Hauser ab. Zum Beispiel indem man den Vorstandsvorsitzenden des Rüstungsbetriebes Thyssen-Röhrenwerke gleich zum Staatssekretär für Technik und Beschaffung im Kriegsministerium macht, wie es mit Mommsen geschah. Oder indem man sich ausgediente Generäle mit ihren weiter bestehenden Verbindungen in die Aufsichtsräte holt wie bei Mannesmann in Duisburg, bei den Edelstahlwerken in Witten und zig anderen Stahlbetrieben mit Rüstungsproduktion. Oder, indem man eben einen „Arbeitskreis für Rüstungswirtschaft“ einrichtet, indem die Bosse der wichtigsten Rüstungskonzerne sitzen, was unter Helmut Schmidt als Kriegsminister geschah. Die Mittel und Wege der Konzerne sind verschieden, aber das Ziel ist immer das gleiche: koste es, was es wolle, dem Konkurrenten den fetten Brocken wegzuschnappen und den höchstmöglichen Profit zu machen.

Wo die Konzerne untereinander keine Moral und keine Skrupel kennen, da er erst recht nicht gegenüber den Werktätigen. Für ein paar Prozent Profite mehr, gehen sie auch über Leichen, wie Lockheed zeigte. Angesichts dieses Abgrunds von Korruption, Bestechung und Verbrechen sind alle Hoffnungen auf „Bekehrung“ und „Einsicht“ vergebens. Gegen diese Konzerne, die mit ihren Methoden jedes „normale“ Verbrechersyndikat in den Schatten stellen, hilft nichts anderes — und sie haben auch nichts anderes verdient — als der eiserne Besen der proletarischen Revolution. Erst unter der Diktatur des Proletariats, nach dem gewaltsamen Sturz des imperialistischen Staates, haben Korruption und Bestechung ausgespielt, wird es Ehrlichkeit und Sauberkeit im wirtschaftlichen und politischen Leben geben.

Kurz berichtet

KROGASPE

In Krogaspe, einem Dorf in der Nähe von Neumünster fand jetzt die erste von mehreren Bauernveranstaltungen statt, auf denen Genosse Ernst Aust die Haltung der Kommunistischen Partei zur Lage der Bauern und ihren Problemen erläutert. Weil es der Kapitalismus ist, der die kleinen und mittleren Bauern in den Ruin treibt, kommt es darauf an, daß sie ihren Kampf an der Seite der Arbeiterklasse führen. Nur so — im Kampf für die sozialistische Revolution — hat der Kampf der Landbevölkerung eine reale Perspektive. Im Anschluß an die Rede des Genossen Ernst Aust entwickelte sich eine interessante Diskussion. Vor der Veranstaltung waren Flugblätter verteilt worden. Auch ein Plakat warb für die Veranstaltung.

SCHLESWIG

Am 8. 2. veranstaltete die ROTE GARDE Schleswig einen „Tag der ROTEN GARDE“. Im Mittelpunkt stand ein Geländespiel im Schleswiger Wald. 17 Freunde, Sympathisanten und Genossen der ROTEN GARDE nahmen an diesem Geländespiel teil. Nach dem Spiel, an dem alle begeistert teilnahmen, gab es eine warme Erbsensuppe. Anschließend wurden von einem Genossen die Ziele der ROTEN GARDE erläutert und über ihre Arbeit diskutiert. Es wurden dabei 33 DM für die Sektion der KPD/ML in der DDR gespendet.

KREFELD

Die ROTE GARDE Krefeld führte am 6. Februar eine Veranstaltung zur Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten durch. 43 Freunde und Genossen waren erschienen, die zum überwiegenden Teil Sympathisanten des KBW waren. Direkt zu Beginn wurde eine Resolution verlesen zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML, die mit 12 gegen 6 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen wurde. Selbst zwei Sympathisanten des KBW hatten für die Resolution gestimmt, während sich 12 von ihnen der Stimme enthielten. In der Resolution heißt es: „Die Teilnehmer der Veranstaltung zur Einheit der Marxisten-Leninisten am 6. Februar in Krefeld begrüßen auf das Freudigste den Zusammenschluß der marxistisch-leninistischen Kräfte der DDR in der Sektion der KPD/ML. Dieser Zusammenschluß ist ein schwerer Schlag für die russischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen, die neue Bourgeoisie in der DDR, aber auch für die westdeutschen und amerikanischen Imperialisten. Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML ist ein glänzender Erfolg des Marxismus-Leninismus, ein großer Fortschritt für die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution, für die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in beiden deutschen Staaten. Der Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten in der DDR ist ein Ereignis von historischer Bedeutung. Es wird nicht nur die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen der DDR, sondern auch die Arbeiterklasse und das werktätige Volk in Westdeutschland und Westberlin begeistern und mit Kraft erfüllen, im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.“ Im Anschluß an die Verabschiedung der Resolution hielt ein Genosse der KPD/ML ein Referat, in dem er auf den Parteiaufbau, den Kampf gegen den modernen Revisionismus, die Bedeutung des demokratischen Kampfes und die grundlegenden Aufgaben der Kommunisten einging. Es schloß sich eine Diskussion an.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06—466. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,--DM für 1 Jahr, 15,--DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

D'K'P und SED stimmen gemeinsamen Kurs ab gegen die Revolution

Mitte Februar reiste Herbert Mies, Vorsitzender der revisionistischen D„K"P, an der Spitze einer ganzen Delegation in die DDR, um sich mit den Häuptlingen der revisionistischen SED zu treffen. Auf dem Programm stand ebenfalls: ein Besuch bei Honecker. Ein Treffen zwischen Kommunisten? Im Gegenteil, es war ein Treffen von Verrätern am Kommunismus, von Todfeinden der proletarischen Revolution, der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes.

In dem Leitartikel der „UZ" über diesen Besuch wird die „brüderliche Solidarität" zwischen den beiden Parteien gerühmt und als hauptsächliche Themen der Besprechungen werden eben die Beziehungen zwischen D„K"P und SED sowie die internationale Lage genannt.

Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien müssen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beruhen; Hilfe, die gegeben wird, muß uneigennützig sein und an keine Bedingungen geknüpft; in den Beziehungen zueinander darf es weder „Herr" noch „Knecht" geben, sondern alle müssen gleichberechtigt sein.

Die Beziehungen zwischen SED und D„K"P sind gänzlich anderer Art. Die SED ist längst zu einer revisionistischen, sozialfaschistischen Partei entartet, zu einer Vasallenpartei des russischen Sozialimperialismus, die sich nicht einmal gescheut hat, in der neuen Verfassung der DDR und dem neuen Programmentwurf den Begriff der deutschen Nation zu streichen und stattdessen die „ewige Bindung an die Sowjetunion", d. h., die Unterwerfung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen der DDR nicht nur unter die neue Bourgeoisie, sondern auch den russischen Sozialimperialismus, betreibt. Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl, ein Heer von Spitzeln und Agenten des „Stasi", die Unterdrückung jeglicher Opposition gegen das sozialfaschistische Regime, zeugen davon, daß hier nicht die Arbeiter und Bauern herrschen, sondern eine neue Bourgeoisie, eine neue Ausbeuterklasse über die Werktätigen. Die SED ist eine Ausbeuterpartei, die den Marxismus-Leninismus nur im Munde führt, um die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen über ihr wirkliches Wesen hinwegzutäuschen.

Nicht anders die modernen Revisionisten der D„K"P, die sich schon von Anfang an an den westdeutschen Imperialismus verkauft haben und die kapitalistische Ausbeuterordnung der Bundesrepublik beschützen, während sie gleichzeitig überall die Verbrechen des sozialfaschistischen Regimes in der DDR als „Errungenschaften des Sozialismus" ausgeben und durch intensive Propaganda für Entspannung und Abrüstung von dem in Wirklichkeit vor sich gehenden Wettrüsten der beiden imperialistischen Supermächte, USA und Sowjetunion, ablenken, die wachsende Gefahr eines Weltkrieges zwischen ihnen vertuschen und besonders dem russischen Sozialimperialismus in die Hände arbeiten. Als Diener zweier — imperialistischer Herren sollen sie die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen in der Bundesrepublik politisch, ideologisch, militärisch und organisatorisch entwaffnen, um die proletarische Revolution zu verhindern.

Die Beziehungen zwischen der SED und der D„K"P beruhen also nicht auf dem Marxismus-Leninismus, sondern gerade auf ihrem gemeinsamen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die proletarische Revolution. Und so „brüderlich", wie sie dargestellt werden, sind sie auch wieder nicht. Es ist bekannt, daß in den Beziehungen mit den russischen Sozialimperialisten „Brüderlichkeit" einfach das Recht Moskaus bedeutet, seine Vasallen auszuplündern und zu unterjochen, ja, sie sogar zu überfallen, wenn sie sich wie 1968 die Tschechoslowakei, aus dem Machtbereich der Sozialimperialisten loslösen wollen. Beziehungen gleicher Art herrschen auch zwischen den einzelnen revisionistischen Cliquen. In ihrem Lager existieren unauflösliche Widersprüche, die das Ergebnis der bürgerlichen, revisionistischen Entartung sind. Und die SED, die in besonders widerwärtiger Weise nach oben, gegenüber den russischen Sozialimperialisten, buckelt, versucht sich andererseits ebenfalls als Herr und schürt z. B. den Chauvinismus gegenüber dem polnischen Volk, gegenüber den revisionistischen Cliquen, die sich nicht scheuen, ihre Arbeiter an die DDR zu verschachern, wo sie ein ähnliches Dasein führen, wie hier bei uns die ausländischen Kollegen.

Gegenüber den modernen Revisionisten der D„K"P unterhält die SED besondere Beziehungen. Sie soll die D„K"P auf den bedingungslosen Kurs der Unterstützung des russischen Sozialimperialismus zwingen, wobei sie aber auch ihre eigenen Ziele verfolgen.

Die SED-Revisionisten geben den modernen Revisionisten der D„K"P vor allem Geld, unterstützen sie mit Materialien, bilden Kader der D„K"P in der DDR aus, sprechen zahlreiche Einladungen aus, organisieren Fahrten, Urlaubslager usw. usf. — ein vielfältiges, engmaschiges Netz von Verbindungen und Leistungen aller Art.

Als im vergangenen Jahr der Parteivorstand der D„K"P seinen Rechenschaftsbericht veröffentlichte, war darin bezeichnenderweise von den Geldern der SED nicht die Rede. Ja, der Kassierer des Parteivorstandes der D„K"P, Pilzhofer, schrieb sogar am 15. Dezember in der „UZ": „Wir Kommunisten stützen uns allein auf die selbstlose Einsatzbereitschaft und den Opferwillen von Mitgliedern und Freunden, von Demokraten und Antifaschisten." Die Tatsachen sehen anders aus. Berichten von Nachrichtenagenturen zufolge erhalten die modernen Revisionisten der D„K"P in jedem Jahr mindestens 30 Millionen DM von der SED. Einschließlich der indirekten Zuwendungen durch die Finanzierung von Delegationen, Schulungskursen u. a. wird die Summe, die die D„K"P von der SED erhält auf ca. 100 Millionen DM geschätzt. Es ist z. B. bekannt, daß jeder Landesbezirk der SED einen oder mehrere „Patenbezirke" in der Bundesrepublik hat, die betreut werden müssen. Betreuen, d. h., daß von den SED-Revisionisten alle wichtigen Informationen über diesen Bezirk gesammelt werden, es heißt, daß die D„K"P dieses Bezirks Schulungsmaterial, Einladungen ihrer Kader, Einladungen zu Jugendlagern und ähnliches erhält, wobei selbstverständlich Ziel der modernen Revisionisten ist, die D„K"P vollends zum Werkzeug des russischen Sozialimperialismus zu machen.

Der Besuch von Mies in der DDR, das wird denn auch ausdrücklich in dem offiziellen Bericht im „Neuen Deutschland" festgehalten, diente denn auch der Verständigung „über die Zusammenarbeit zwischen DKP und SED im Jahre 1976". Mit ihrem Geld unterstützen die SED-Revisionisten den konterrevolutionären aggressiven Kurs des russischen Sozialimperialismus. Die Tatsache, daß die modernen Revisionisten der D„K"P besonders treue Diener des russischen Sozialimperialismus sind, ist u. a. eine Folge ihrer Käuflichkeit, ihrer großen Abhängigkeit von der revisionistischen SED.

Man darf aber auch nicht vergessen, daß die SED, indem sie die D„K"P finanziert, deren konterrevolutionäre revisionistische Arbeit zum Schaden der proletarischen Revolution in Westdeutschland und zum Nutzen des westdeutschen Imperialismus unterstützt.

Früher war die DDR der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden. Er war das Hinterland der proletarischen Revolution in Westdeutschland, und die Unterstützung der SED an die Kommunisten hier diente dem Kampf für ein einheitliches sozialistisches Deutschland. Dieses Bild hat sich schon lange gründlich geändert. Heute sind sie moderne Revisionisten, eine konterrevolutionäre Kraft.

Ohne den modernen Revisionismus zu schlagen kann die proletarische Revolution, der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland nicht siegen. Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML ist die Gewähr dafür, daß dieser Kampf auch in der DDR unter marxistisch-leninistischer Führung geführt werden kann.



„Volksansprache" auf leerem Marktplatz

Korrespondenz — Ich möchte über ein Beispiel des Widerstandes in der DDR gegen das sozialfaschistische System berichten. Bekanntlich dient in der DDR die Erfüllung der Planziele des 8. Parteitages nicht den Werktätigen, sondern den russischen Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie der DDR.

Von daher entwickelt sich bei den Werktätigen von Jahr zu Jahr ein immer größerer Widerwillen gegen das Geschwätz von der Planerfüllung, das die herrschenden Kreise nicht müde werden, bei jeder Gelegenheit loszulassen. In einem Ort im Erzgebirge kam es schließlich anläßlich der traditionellen Bergparade der Grubenleute zu folgendem Vorkommnis. Als die Parade auf dem Marktplatz abmarschbereit dastand, fing der Bürgermeister in seiner Weihnachtsansprache unvermeidlich an, von der Planerfüllung des 8. Parteitages zu schwätzen. Er hatte aber kaum die ersten Worte gesprochen, als plötzlich alle Kapellen kräftig anfingen, die Hörner zu blasen und innerhalb von fünf Minuten war der Marktplatz geleert. Auch eine Art, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Bürgermeister konnte jedenfalls nur noch Selbstgespräche führen.

Aus aller Welt

INDIEN

Angesichts der zunehmenden Empörung und Rebellion des indischen Volkes hat das faschistische Indira-Gandhi-Regime die Unterdrückung und Gewalt verschärft. Es greift besonders in den Gebieten zu vermehrten Verhaftungen, wo der Widerstand des Volkes am größten ist. So hat im Staat Tamil Nadu, wo in letzter Zeit durch einen faschistischen Präsidialerlaß die Regierung und das Parlament aufgelöst worden waren, die Verhaftungswelle und Gewalt zugenommen. Die faschistische Unterdrükkung beantwortet das indische Volk mit verstärktem Widerstand und bewaffnetem Kampf. Dieser Tage fanden heftige Gefechte zwischen der Polizei und der Bevölkerung des Staates Tamil Nadu statt. Die reaktionären Kräfte erlitten bei den Gefechten schwere Verluste.

VR CHINA

Die VR China hat am 23. Januar erfolgreich einen Kernwaffenversuch durchgeführt. In einem von der Nachrichtenagentur Hsinhua veröffentlichten Pressekommunique heißt es dazu: „Daß China begrenzte und notwendige Kernwaffenversuche durchführt, geschieht vollständig zu Verteidigungszwecken und um das Kernwaffenmonopol der Supermächte zu brechen und die Kernwaffen endgültig zu beseitigen. Die chinesische Regierung erklärt erneut, daß China niemals und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen einsetzen wird. Die Regierung und das chinesische Volk werden wie immer mit den anderen friedliebenden Völkern und Ländern der Welt zusammenarbeiten, um das hohe Ziel des vollständigen Verbots und der allgemeinen Vernichtung der Kernwaffen zu erreichen."

ZIMBABWE

Das Volk von Zimbabwe führt in Südrhodesien einen verstärkten bewaffneten Kampf gegen das rassistische Smithregime und fügt im schwere Verluste zu. Unter den rassistischen Behörden des Landes ist größte Panik entstanden. Der Rassistenchef Salisburys, Ian Smith, sah sich in einem Fernsehinterview genötigt zuzugeben, daß die Angriffe der Guerillas, das heißt der Befreiungskräfte, sich beachtlich verstärkt und ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht haben. Wie immer forderte Smith, strengere Maßnahmen zu ergreifen, besonders gegen die Bevölkerung, die die Patrioten unterstützt. Er forderte, die rassistischen Truppen in den Gebieten zu verstärken, wo sich der Kampf der Patrioten besonders ausgeweitet hat.

Die Maßnahmen und Drohungen Smiths aber können das Volk Zimbabwes nicht einschüchtern. Davon zeugen eindeutig die neuerlichen Aktionen und Kämpfe, bei denen die Befreiungskräfte zahlreiche feindliche Soldaten liquidiert und dem Feind erheblichen Sachschaden zugefügt haben.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten beugen sich nicht dem brutalen Terror der englischen Besatzer und der Landesverräter und verstärken ihre bewaffneten Aktionen. Am 15. Februar führten sie in der Umgebung von Belfast zwei neue Aktionen durch. Bei der einen griffen die Patrioten einen englischen Militärposten der englischen Besatzer in Dungannon, 60 km im Westen von Belfast, an. Durch die Explosion der von ihnen gelegten starken Bombe wurde der Posten fast vollständig verwüstet. Die andere Aktion wurde im südlichen Belfast durchgeführt, wo der Posten einer Militäreinheit der Besatzer zerstört wurde.

Am 14. Februar protestierten außerdem 200 Jugendliche in den Straßen von Derry gegen die englische Besatzung. Gegen die jugendlichen Demonstranten rückte die Polizei an, die mit Gewalt versuchte, sie auseinanderzutreiben.

PALÄSTINA

Verschiedenen Nachrichtenagenturen zufolge fanden dieser Tage in Jerusalem und in anderen von Israel besetzten Gebieten verschiedene Demonstrationen der arabischen Bevölkerung statt, auf denen die Demonstranten ihren tiefen Haß auf die zionistischen Aggressoren und ihre Unterstützung für die Organisation für die Befreiung Palästinas zum Ausdruck brachten. Bei einer Demonstration am 11. Februar in Jerusalem stürzte sich ein großes Aufgebot israelischer Polizisten auf die Demonstranten. Bei den folgenden Zusammenstößen gab es etliche Verwundete. Etwa 30 Personen wurden festgenommen. Die Zahl der in den letzten Tagen Verhafteten überschreitet die 60. Doch ungeachtet dieses von Tel Aviv ausgeübten Terrors setzt die arabische Bevölkerung in den von Israel besetzten Territorien den Kampf um ihre legitimen Rechte fort.

ANGOLA

Mit der weiteren Verschärfung der Rivalität zwischen dem US-Imperialismus und den russischen Sozialimperialisten in Angola verstärken beide Supermächte ihre Intervention immer mehr. Neben den großen Waffenkontingenten, die die US-Imperialisten und die anderen Mitglieder der NATO dorthin senden, geht die Rekrutierung von Söldnern weiter. Ebenfalls dauern die Flüge amerikanischer Flugzeuge im Luftraum Angolas an. Die russischen Sozialimperialisten wiederum haben weder an Rubeln noch an Waffen oder Militärberatern gespart, um sich in die inneren Angelegenheiten Angolas einzumischen. Sogar das militärische Engagement erfolgt ebenso wie das amerikanische mit unmittelbarer Teilnahme der Sowjets. Eine Anzahl sowjetischer Kriegsschiffe an den Küsten und in den Häfen Angolas sind des öfteren zu offenen Kriegsoperationen gegen die Küstenlandstriche Angolas übergegangen. So beschossen drei sowjetische Kriegsschiffe am 11. und 12. Februar die Küstengebiete Angolas heftig, besonders die Stadt Mocamedes. Zuvor, am 10. Februar, hatten fünf andere sowjetische Kriegsschiffe die Küsten Angolas beschossen. Sie begingen schwere Verbrechen an den Einwohnern und verschlimmerten die gefährliche Lage, die durch die skrupellose Einmischung der beiden Supermächte entstanden ist, noch mehr.

OSTTIMOR

Die Bevölkerung von Osttimor hat sich unter der Führung der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Osttimors (Fretilin) zu einem breiten Widerstandskampf gegen die indonesischen Invasionstruppen erhoben und wichtige Siege errungen. Es ist ihnen gelungen, einen Teil des Territoriums von Osttimor unter ihre Kontrolle zu bringen. Um die Flammen des Kampfes der einheimischen Bevölkerung auszutreten, hat das reaktionäre indonesische Regime eine große Anzahl hochtechnisierter Waffen, Panzer, Flugzeuge und Kriegsschiffe losgeschickt. Wie Rogerio Lobato, der Oberkommandierende der Nationalen Befreiungsarmee betonte, sind an die 300000 Mann starke indonesische Truppen auf Osttimor. „Der Feind kann Städte, Straßen und Brücken einnehmen", sagte er, „aber nicht das Volk." Und der fügte hinzu: „Wir haben offensichtlich die aggressiveren Kräfte isoliert."

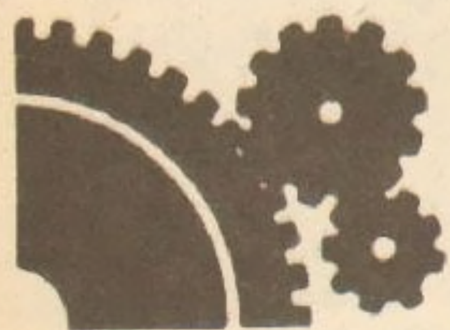
Trotz der großen militärischen Stärke ist es dem Feind nicht gelungen, die Entschlossenheit der Patrioten, die Aggressoren von ihrem Boden zu verjagen, zu brechen. So griffen Einheiten der Patrioten von Osttimor am 27. Januar etwa 2000 Mann starke Truppen der Aggressoren an und zwangen sie, sich zurückzuziehen, wobei sie zahlreiche Tote auf dem Schlachtfeld zurückließen. Heftige Kämpfe fanden auch in anderen Gebieten des Landes statt.

20. März 1976: Das Volk von Kambodscha wählt den 1. Volkskongreß

Am 4. Februar verlas Hu Nim, Informations- und Propagandaminister des Demokratischen Kambodscha in einer Sendung von Radio Demokratisches Kambodscha eine Presseerklärung über die Wahlen von Delegierten für die Volkskongreß, in der bekannt gegeben wird, daß am 20. März Kambodscha im ganzen Land Wahlen abhalten wird.

In der Erklärung heißt es, daß der kambodschanische Volkskongreß sich aus 250 Delegierten zusammensetzen wird, die das Volk von Kambodscha, Arbeiter, Bauern, andere Werktätige und die revolutionären Streitkräfte Kambodschas repräsentieren. Die 250 Delegierten umfassen 150 Bauerndelegierte, 50 Delegierte der Arbeiter und anderen Werktätigen sowie 50 Delegierte der revolutionären Truppen. „Die Wahlen werden direkt und geheim durchgeführt, gemäß Artikel 6 der Verfassung des Demokratischen Kambodschas" (Text der Verfassung siehe RM Nr. 8/76). „Daher wird am 20. März 1976 das kambodschanische Volk, werden die Arbeiter, Bauern und revolutionären Soldaten zum ersten Mal in ihrer Eigenschaft als Herren des Landes, der Kooperativen, der Gewerkschaften, der Bauernhöfe und Fabriken ihre wahrhaft eigenen Vertreter in den kambodschanischen Volkskongreß wählen, der die Innen- und Außenpolitik des Demokratischen Kambodschas bestimmt."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

„Bist Du auch würdig, daß der Betrieb Dir Geld gibt?“

Beim Studieren der Grußadresse zum neuen Jahr ist mir folgendes aufgefallen. Ihr schreibt: „Nicht nur die Phrasen vom steigenden Wohlstand erweisen sich als Lüge, den Werktätigen wird auch noch das Wenige, wofür sie jahrelang geschuftet haben, genommen: Das Auto muß verkauft werden, die letzten Ersparnisse gehen drauf usw.“ Dazu ist mir aufgefallen, daß in der letzten Zeit die Kapitalisten durch ungeheuer viele Maßnahmen versuchen, daß wir das vergessen.

Bei uns im Betrieb werden Kredite angeboten, die sich bis auf 6000 DM belaufen und die in ganz kleinen Raten abgezahlt werden dürfen, so daß man dann monatlich gar nicht merkt, wie stark man belastet ist. Die Kredite werden gewährt für Autokauf und Wohnungskauf. Sie werden zinslos gewährt und die vereinbarten Zahlungsraten werden monatlich vom Gehalt abgebucht.

Ein Kollege von mir hat sich von denen ein Auto finanzieren lassen, das er unbedingt brauchte und ist jetzt für drei Jahre beim Betrieb verschuldet. So halten die ihre Leute von sich abhängig.

Und wer tritt für die Kreditwürdigkeit der Kollegen ein? Das sind die Gewerkschaften. Die untersuchen in monatelangen Verfahren, ob du auch würdig bist, daß der Betrieb dir Geld gibt! Und das Gleiche machen ja auch die Banken, die unter unheimlich hohen Zinsbelastungen die Leute an sich ketten. Das Schlimmste an der ganzen Sache finde ich ist, daß die Betriebe die Kollegen regelrecht erpressen durch diese Kreditgewährungen.

Eine Genossin aus Hamburg

ROTER MORGEN Extrablatt im Betrieb geklebt

Zum §130a hatte ich mich bei uns im Betrieb mit einem Mitlehrling unterhalten. Wir überlegten uns, daß wir das Extrablatt des ROTEN MORGEN im Treppenhaus der Lehrwerkstatt kleben sollten. Ca. 200 Lehrlinge arbeiten bei uns im Betrieb.

Früh morgens vor Arbeitsbeginn klebten wir die Vorder- und Rückseite. Er paßte auf, daß uns keiner erwischt. Den ganzen Tag über wenn ich daran vorbeikam, standen Lehrlinge davor und lasen. Erst kurz vor Feierabend riß ein Ausbilder das Extrablatt ab. Trotzdem hatten wir unser Ziel erreicht. Viele Lehrlinge waren informiert.

Rot Front!
Rote Garde Zelle AG Weser Bremen

Erneuter Angriff auf die Drucker der Unidruckerei Bochum

An der Ruhruniversität Bochum versucht der reaktionäre Asta wieder einmal gegen die Drucker der Studentendruckerei vorzugehen. Schon zweimal im vorigen Jahr hat er das versucht. Diese Druckerei ist dem Asta deshalb ein Dorn im Auge, da hier fortschrittliche Fachschaften schnell Flugblätter drucken lassen können und dadurch schnell reagieren können. Aber vor allem die Drucker stören den Asta, denn sie sind kämpferisch und halten fest zusammen.

So z. B. als in der letzten Sommersemesterpause der Asta 2 von den 5 Druckern entlassen wollte und den übrigen den Lohn kürzen wollte. Als die Drucker das hörten, stellten sie sofort die Maschinen aus und informierten die Studenten. Trotz der Semesterferien konnten diese Angriffe zurückgeschlagen werden und dem Asta damit ein schwerer Schlag versetzt werden. Er mußte die Kündigung zurücknehmen.

Jetzt versucht der Asta von neuem gegen die Drucker vorzugehen. Als Vorwand benutzt er ein angebliches Defizit von 79000 DM. Deshalb will er entweder 2 Drucker sowie die Sekretärin der Druckerei entlassen bzw. die Sekretärin in den Asta übernehmen, oder die Druckerei soll die Drucker eigenverantwortlich übernehmen. Außerdem hat er schon bei einigen Lohnkürzungen um 300 DM vorgenommen. Aber auch jetzt beginnt sich der Widerstand dagegen zu organisieren. Die Fachschaftsvertreterkonferenz hat mit eindeutiger Mehrheit beschlossen, den Kampf der Drucker zu unterstützen. Dabei wurde klargestellt, daß es hier nicht um irgendein Defizit geht, sondern um Rationalisierungen auf dem Rücken der Drucker und die Druckerei Schritt für Schritt zu liquidieren. So druckt der Asta einen großen Teil in einer privaten Druckerei. Deshalb fordert die Fachschaftskonferenz vor allem keine Schließung der Druckerei, bei Beibehaltung aller Arbeitsplätze! Weg mit den Lohnkürzungen!

KSB/ML Bochum

Akkordkürzungen bei Hagenuk

In der Kieler Firma Hagenuk führen die Kapitalisten gemeinsam mit dem Betriebsrat und dem IGM Apparat einen unverschämten Lohnraub durch. Sie wollen alle Akkorde um 2,2% bis 24% senken, das ist ein Schnitt von 12,5%. Wenn man vorher im Schnitt 84,6 Minuten hatte, entspricht der Schnitt nach der Akkordsenkung ca. 77 Minuten. Das heißt, man muß in der gleichen Zeit 12,5% mehr Leistung erbringen, um überhaupt das gleiche zu verdienen oder der Lohn wird entsprechend geringer.

Die Hagenuk-Kapitalisten stützen sich auf den Lohnrahmentarifvertrag, § 10, Abs. 1 und 2 und haben bereits über 160 Akkorde gekürzt und alle Akkorde, ca. 100000, für strittig erklärt. Damit sind die Akkorde für die einzelnen Werkstücke, die hergestellt werden, gemeint.

Der Betriebsrat und der Vertrauensleutekörper haben zwar gegen die Akkordkürzungen gestimmt, aber das ist nur ein taktisches Manöver. In einem Flugblatt schreibt die IGM-Ortsverwaltung, daß das, was Hagenuk macht, nach dem Tarifvertrag, der ja vom IGM-Apparat unterzeichnet ist, legal ist und vertröstet die Kollegen auf die Akkordkommission und später, wenn keine Einigung erzielt worden sein sollte, auf die Arbeitsgerichte. Gleichzeitig spaltet der IGM-Apparat die Kollegen, denn die Kollegen müssen jeden einzelnen Akkord für strittig erklären, was die IGM-Führer als das großartige „Recht“ der Kollegen herausstellen, wie es ebenfalls im Lohnrahmentarifvertrag festgelegt ist.

Wohin das führt ist klar, die Kampfkraft der Kollegen soll gespalten werden, und die Klärung der strittigen Akkorde wird sich über Monate hinziehen. Bezeichnend für diese Politik der Spaltung der Arbeiter, sind die Ausführungen der IGM-Ortsverwaltung, die jetzt auftrumpfen und behaupten, „globale“ Akkordkürzungen seien verhindert worden.

Die Hagenuk-Kapitalisten begründen diese Akkordkürzung einfach damit, daß die Kollegen die Akkorde zu hoch verrechnen würden und somit der Verdienst nicht dem erbrachten Leistungsgrad (Lohnrahmentarifvertrag § 10, Abs. 2) entspreche. Das sind praktische Ergebnisse der vom IGM-Apparat ausgehandelten Tarifverträge. Die Kollegen sind empört über diesen Lohnraub. Zu organisierten Kämpfen ist es aber bisher noch nicht gekommen.

Rot Front! Ein Genosse aus Kiel

Stillegungen bei Felten & Guillaume

IG-Metall verhindert Kampfmassnahmen

Der Konzern Felten und Guilleaume will, wie es offiziell heißt, die Produktion seiner 10 Werke in der Bundesrepublik zur besseren Nutzung konzentrieren. Was das für die Arbeiter heißt, erfuhren jetzt die Kollegen im Zweigwerk „Land & See“ in Köln-Nippes, sowie die Kollegen in den Zweigwerken Braunschweig und Herford: Stillegung. Insgesamt sollen dabei 700 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. Im größten der drei Werke, in Köln-Nippes, sind allein 400 Kollegen von den Entlassungen betroffen.

Als Generaldirektor Riedel bekanntgab, daß der Betrieb geschlossen werden soll, falls die Marktlage sich nicht ändern würde, war endgültig klar, was zuvor bereits von vielen vermutet wurde. Viele der Kollegen bei „See & Land“ in Nippes arbeiten schon seit 20 bis 30 Jahren und länger für Felten & Guilleaume. Sie müssen fürchten, keine Arbeit mehr zu bekommen. Entsprechend ist die Stimmung unter den Kollegen. Sie hängten nach der Bekanntgabe der Stillegungspläne spontan schwarze Trauerfahnen, aber auch die rote Fahne zum Betrieb hinaus.

Natürlich wurden ihnen wieder Versprechungen gemacht. Aber die Kollegen in Köln Nippes wissen inzwischen sehr wohl, was sie von dieserart Versprechungen zu halten haben. Denn als in den letzten Jahren, seit 1971, bereits 800 Kollegen rausgeworfen wurden und Abteilungen stillgelegt wurden, um die Produktion zu spezialisieren, hieß es: Das Werk wird nach der Spezialisierung unbedingt bestehen bleiben. Und heute? Da heißt es Stillegung, da werden neue Versprechungen gemacht: Die Kollegen sollten ins Zweigwerk Köln-Mülheim versetzt werden. Doch auch dies soll nur abwiegeln. Es ist nämlich bekannt, daß in Mülheim das Stahl- und Knüppelwerk am 16. Juli geschlossen werden soll. Auch dort wurde in letzter Zeit scharf rationalisiert, wurden Kollegen entlassen — und auch dort sind jetzt in Wahrheit nicht Übernahme der Kollegen aus Nippes geplant, sondern ebenfalls Entlassungen: 300 Kollegen sollen auf die Straße gesetzt werden. Geradezu als Unverschämtheit ist das Angebot der Betriebsleitung zu verstehen, die Kollegen könnten ja nach Westberlin ziehen, dort gäbe es auch ein Werk von F & G, wo sie Arbeit finden könnten.

Auch der reaktionäre Gewerkschaftsapparat schaltet sich ein, um unter den Kollegen den Eindruck zu verbreiten, es werde etwas getan, die Gewerkschaft mache das schon: Die IGM inszenierte einen zweistündigen Kurzstreik gegen die Stillegung. In anderen Werken fanden Solidaritätsstreiks statt. Doch daß dies vor allem dazu diente, die Kampfbereitschaft der Kollegen in ungefährliche Bahnen zu lenken, zeigte sich deutlich an der Reaktion der IGM-Ortsverwaltung, als die Kollegen zu eigenen Kampfaktionen greifen wollten. Sie wollten eine Demonstration durch Köln Nippes zum Zweigwerk in Köln-Mülheim durchführen. Als ein Kollege darauf hinwies, daß auf diese Weise die Öffentlichkeit mobilisiert werden könne, putzte ihn ein Vertreter der IGM-Bezirksverwaltung gleich runter. Auch der Betriebsrat haute in die gleiche Kerbe: Zuerst versuchte er es mit dem „Regenwetter“ — und als das nicht zog, drohte er: „Wir wissen nicht, ob die Kollegen in Mülheim auch streiken, und wenn wir dann zurückkommen, sind die Tore eventuell zu“. Mit diesem unverschämten Vorgehen, zwischen die Kollegen in Nippes und Mülheim Spaltung hineinzutragen und die Kollegen offen mit Aussperrung zu bedrohen, gelang es dem reaktionären Gewerkschaftsapparat, die spontane Kampfaktion der Kollegen zu verhindern. Hinterher besaß der Vorsitzende der IGM-Bezirksverwaltung, Arno Schwartung sogar noch die Frechheit, den Kollegen die Schuld dafür zuzuschieben, daß die Demonstration nicht durchgeführt wurde: Sie habe „aus Furcht vor rechtlichen Folgen nicht stattgefunden.“

Für die Kollegen in Köln Nippes gilt es, die Lehre für die nächste Betriebsversammlung am 8. März zu ziehen, auf der über weitere Maßnahmen gesprochen werden soll: Der reaktionäre Gewerkschaftsapparat ist ein Feind der Arbeiterklasse und nur im Kampf gegen ihn werden auch Erfolge im Kampf gegen die Stillegungspläne erzielt werden können.

Entlassungsgrund: Sprachfehler

Vor mehr als zwei Jahren kam ein damals 15jähriger Jugendlicher als Vorschüler an die Städtischen Krankenanstalten in Nürnberg. Nach Beendigung der 2jährigen Vorschülerzeit hat er sich an der Schule für Krankenpflegehilfe (Dauer 1 Jahr) beworben und ist auch angenommen worden. Nun, kurz vor Beendigung der Probezeit wurde ihm mitgeteilt, daß er „ungeeignet“ sei. Nicht etwa, weil seine Leistungen nicht ausreichen, sondern weil er einen Sprachfehler hat. Weil er stottert, soll er entlassen werden.

Hier zeigt sich die Brutalität des Kapitalismus besonders krass. In den zwei Jahren als Vorschüler, wo er als billige Arbeitskraft für einen Hungerlohn geschuftet hat, hat auch sein Sprachfehler niemanden gestört. Doch nun, wo er als ausgebildete Kraft bald mehr Geld bekommen hätte, macht ihn dieser Sprachfehler auf einmal „ungeeignet“. Zumal jetzt, wo die Stadt durch Streichung von Planstellen fast alle Stellen besetzt hat und längst nicht alle, die als Schüler usw. beim Krankenhaus angefangen haben, auch eine Stelle bekommen. Für den Jugendlichen aber werden nach seiner Kündigung nicht nur die Türen der Städtischen Krankenanstalten verschlossen bleiben, sondern auch die der anderen Krankenhäuser. Denn ein „Vertrauensarzt“ hat den Kündigungsgrund der Städtischen Krankenanstalten abgesichert.

Die Kollegen, die mit dem Jugendlichen zusammengearbeitet haben, sind entsetzt über das Vorgehen der Verwaltung. Bis jetzt ist der Kollege noch im Krankenhaus und wie uns eine Genossin schreibt, werden sie sich mit allen Mitteln gegen die drohende Entlassung dieses Kollegen wenden. Auch die Jugendvertretung wird alles versuchen, um seine Entlassung zu verhindern.

Klunckers Betrug

Fortsetzung von Seite 1

davon übrig (FAZ 9. 2.), während selbst das statistische Bundesamt feststellt, daß ein Vier-Personen-Haushalt mit einem Nettoeinkommen von 1500 DM eine absolute Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 105 DM netto zu ertragen hat.

Wenn der ÖTV-Apparat behauptet, mit dieser Forderung würde den unteren und mittleren Einkommen geholfen und die oberen Einkommen müßten einmal kürzer treten, so versucht er damit, eine Einheit zwischen den Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten einerseits und mit den hohen Staatsbeamten andererseits zu konstruieren. Der ÖTV-Apparat greift bewußt die Empörung vieler Kollegen über die irrsinnigen Gehälter auf, um sie einzudämmen und so zu tun, als gäbe es irgend etwas Gemeinsames mit dieses Schmarotzern, die auf unsere Kosten in Saus und Braus leben. Ein Staatssekretär verdient z. B. offiziell ca. 7000 DM netto, ein Müllarbeiter ca. 1000 DM. Hier handelt es sich aber nicht um eine Aufsplitterung von Löhnen, die durch DM-Forderungen eingeschränkt werden sollen, sondern hier handelt es sich um Klassenwidersprüche, die der ÖTV-Apparat verwischen will. Die hohen Staatsbeamten und der ganze Beamtenapparat ist für den Kapitalismus eine wichtige Institution damit der Staatsapparat die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrechterhalten kann. Die hohen Gehälter, die wir mit erarbeiten müssen, dienen dazu, diesen Beamtenapparat als Werkzeug der Kapitalistenklasse zu „schmieren“ und in Gang zu halten. Deshalb hat Maihofer die DM-Forderung auch sofort abgelehnt. **Solche Parasiten haben in einer Gewerkschaft nichts zu suchen.** Das dem aber trotzdem so ist, das zeigt, daß der ÖTV-Apparat keine Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten ist.

Der ÖTV-Apparat nutzt also die Interessen der Arbeiter für eine DM-Forderung aus, um die Ideologie der Klassenversöhnung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, die Kollegen von der Höhe der Forderung, die bereits Lohnraub bedeutet, abzulenken und eine Einheit zwischen der Ausbeuterklasse und dem parasitären hohen Beamtenapparat der Bourgeoisie zu konstruieren, um im Interesse des Staates den geplanten Lohnraub durchzusetzen.

Der ÖTV-Apparat weiß aber auch, daß die Kollegen kämpfen können, was sie schon zig mal bewiesen haben und gerade jetzt, wo die Rationalisierungen im öffentlichen Dienst, bei der Post, bei der Bahn, ungeheuer scharf vorangetrieben werden, kommt es für den ÖTV-Apparat darauf an, daß er seinen Einfluß unter den Kollegen erhält. Deshalb gebärdet er sich scheinbar radikal und kämpferisch. Besonders Kluncker wird in der Presse als der „ungehobelte Klotz, der schon Willi Brandt in die Kniee gezwungen habe“ dargestellt. All das dient dem ÖTV-Apparat aber nur zur Täuschung der Kollegen, um seinen Einfluß zu sichern und mögliche Kämpfe im Interesse des Staates in Griff zu halten.

Opel - Rüsselsheim

Ausbeutung bis auf die Knochen

Erst vor kurzem machte Opel überall wieder mal Schlagzeilen. Ähnlich wie im Manteltarifvertrag von Baden-Württemberg, war zwischen Betriebsrat und GM-Kapitalisten eine zusätzliche 10-Minuten-Pause für die Bandarbeiter vereinbart worden. Für diesen „Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt" sei die Firma Opel sogar bereit, monatlich 6 Millionen DM Verlust hinzunehmen — so die offizielle Verlautbarung. Aber die Kollegen reagierten anders als es sich die General-Motor (GM)-Kapitalisten und ihre treuen Diener im Betriebsrat erhofft hatten. Denn die 10-Minuten-Pause war ja nur die eine Seite des neuen Kuhhandels gewesen. Gleichzeitig wurden nämlich, sozusagen als Gegengabe, weitere 8 Sonderschichten gebilligt, weitere Sonderschichten bis zum Juli sind schon geplant, ganz zu schweigen davon, daß 27 Sonderschichten im letzten Jahr gefahren wurden. Die ständig steigende Wut darüber bei den Kollegen kann auch das „Bonbon" mit der Pause nicht bremsen. Der angebliche 6-Millionen-Verlust sieht dann für die Kollegen folgendermaßen aus: Keineswegs Herabsetzung der Bandgeschwindigkeiten und geringere Stückzahlen, entsprechend der Pause, im Gegenteil, die Produktion bei Opel läuft heute mit 4000 Leuten weniger auf genau so vollen Touren wie 1972.

Wo Unterdrückung herrscht...

Allein an dieser Zahl kann man sehen, wie die Ausbeutung bei Opel unermeßlich vorangetrieben worden ist. Viele Kollegen berichten aus ihren Abteilungen, daß sie heute mit 2 Leuten das Gleiche schaffen müssen wie vor ein paar Jahren noch mit 3 oder 4 Kollegen. Die Hetze ist teilweise so groß, daß man nicht einmal eine Zigarette rauchen oder aufs Klo gehen kann. Die Meister versuchen ständig, Leute einzusparen, wobei sie mit allen Wassern gewaschen vorgehen. Nur ein Beispiel von vielen: In einer Abteilung wird ein italienischer Kollege plötzlich krank. Sofort erscheinen Meister und Obermeister bei den übrigen Kollegen, lamentieren, es sei halt ein Engpaß, den alle zusammen überbrücken müßten. Schöne Worte! In Wahrheit aber Mehrarbeit für die anderen. Oder ein anderer Fall: Ein Meister erscheint bei zwei Kollegen, erzählt, er bräuchte noch einen Mann für diese und jene Arbeit, wen sie denn nach ihrer Meinung am besten an dem Bandstück entbehren könnten. Welche Gnade! Die Kollegen dürfen sich selbst aussuchen, für wen sie die Arbeit mitschaffen sollen.

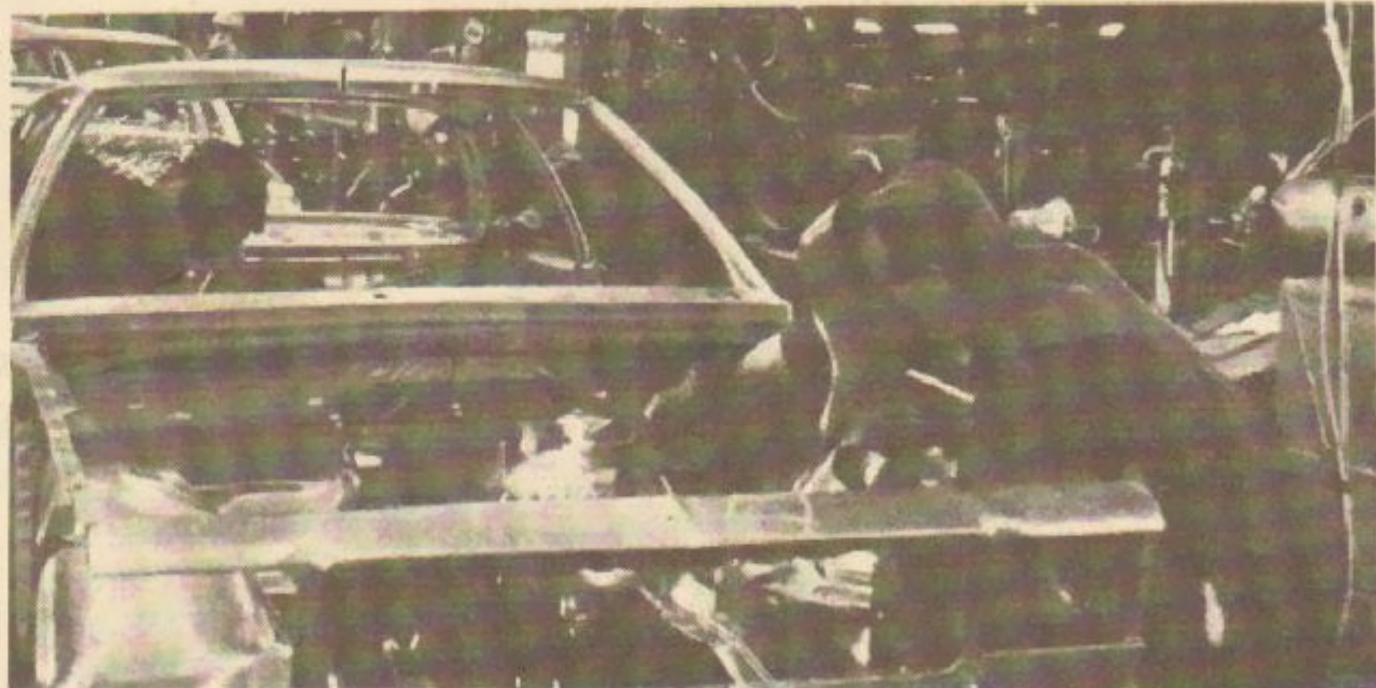
...Da ist auch Widerstand!

Aber diese Manöver von Meistern und Obermeistern gehen keineswegs glatt über die Bühne. Nicht selten müssen sie einen Rückzieher machen, weil sie sehen, daß die Kollegen sich enger zusammenschließen, um solche Angriffe auf ihre Interessen zurückzuschlagen. So erhielten sie im obigen Beispiel die Antwort: Wenn noch einmal ein Mann aus der Kolonne abgezogen wird, werden demnächst gemeinsam die Sonderschichten verweigert. Weit verbreitet sind Formen des bummelstreikähnlichen Kampfes, d. h. Teile werden nur halb montiert und die Wagen laufen dann als Reparaturwagen vom Band.


Opel bezeichnet das zynisch als „abwechslungsreiche Arbeitsplätze".

Die GM-Kapitalisten sind sich auch vollkommen darüber im Klaren, daß sich der spontane Widerstand der Kollegen in geballter Kraft entladen kann. Für solche Fälle wird deshalb auch schon seit langem vorgebaut von Seiten der Geschäftsleitung und auch vom IGM-Apparat. Deshalb wurde bei den letzten Betriebsratswahlen der alte, reaktionäre Betriebsrat von der IGM selber durch wahltaktische Schachzüge aus dem Verkehr gezogen. Stattdessen wurde den Kollegen ein scheinlinkes Aushängeschild der SPD, die neue Heller-Betriebsratsclique, aufgezwungen, deren erste Heldentat im vergangenen Jahr die Zustimmung zu den 27 Sonderschichten war. Aus welcher Ecke bei dieser Clique der Wind pfeift, zeigt deutlich, wenn Heller im vergangenen Jahr die sogenannten „amerikanischen Methoden" von GM angreift, um den Opel-Kollegen ein halbes Jahr später von dem Autowerker-Paradies der Togliattiwerke in der Sowjetunion vorzuschwärmen, die er mit seiner Betriebsratsclique besucht hat.

Natürlich ist das nur ein Eisen, das sich GM zurechtgelegt hat, um die kommenden Kämpfe der Kollegen kleinzubekommen. Sozusagen in der Hinterhand hält sich GM hier in Rüsselsheim noch die D„K"P, die zwar im Betriebsrat und VLK nur schwach vertreten ist. Wie gefährlich aber diese Arbeiterverräter sind, das zeigt sich daran, daß beispielsweise während der August-Streiks 1973, als bei Opel-Bochum gestreikt wurde, die D„K"P in Rüsselsheim schlagartig in 2 Tagen 3 Flugblätter herausgab, um das ramponierte Ansehen des IGM-Apparates wieder zu kitten.


Die hohe Geschwindigkeit des Bandes hier im Gerippebau, zwingt die Kollegen, in Sekundenschnelle die Schweißarbeiten auszuführen.

Zugleich wird schon seit längerer Zeit der Werkschutz ständig ausgebaut. Zu welchen Unverschämtheiten der fähig ist, zeigt, daß der Werkschutz es sich sogar untersteht, in die Frauenwaschräume einzudringen, wie vor kurzem erst. Oder der Werkschutz übt sich in sogenannten „Hausbegehungen" von Kollegen, die angeblich etwas mitgenommen haben sollen. Neuerdings werden auch Fernsehkameras aufgestellt. (Der ach so „linke" Betriebsrat reißt sich in dieser Affäre alle Beine aus, daß diese Kameras — nicht etwa abgeschafft werden, sondern mit Tüchern zugehängt werden!) Da Rüsselsheim ja „Opel-Stadt" ist, wird gleichzeitig auch die Rüsselsheimer Polizei beständig weiter ausgebaut — erstes Todesopfer der im vergangenen Jahr von einer nächtlichen Zivilstreife erschossene Opel-Arbeiter Papadopoulos.

Wagen sich klassenkämpferische Kollegen für die GM-Kapitalisten zu weit vor, versucht die Geschäftsleitung, durch politische Entlassungen mit solchen Kollegen fertig zu werden, ganz gleich, ob es sich um Vertrauensleute, Jugendvertreter oder einfach Kollegen handelt, die ihren Meister auf einer Betriebsversammlung öffentlich kritisieren.

Opel ist keine ruhige Insel im Meer des Klassenkampfes. Die Kollegen, die in den letzten 2 Jahren durch die Wechselbäder von Kurzarbeit, Massenentlassungen, die schamvoll mit sogenannten „Ablösungsverträgen" verbrämt wurden, und jetzt sonderschichten gegangen sind, stellen jetzt immer mehr die Frage nach dem Ausweg aus der kapitalistischen Krisenwirtschaft. Denn schien es noch 1972 so, als wenn man bei Opel auf jeden Fall alt werden könnte, so zeigen jetzt die Kurzzeitverträge für neueingestellte Kollegen, daß sich GM ihrer Sache selber absolut nicht mehr sicher ist. Länger als ein halbes Jahr kann GM nicht mehr planen. Das zeigt nur einmal mehr die kapitalistische Anarchie der Produktion, die auf dem Rücken von den Kollegen ausgetragen wird. Mit den Kurzzeitverträgen sind auch eine Masse klassenkämpferischer Kollegen in den Betrieb gekommen, die die vorherige lange Arbeitslosigkeit aufgerüttelt hat.

Das Interesse für die revolutionäre Propaganda ist unter den Kollegen in der letzten Zeit erheblich gestiegen. Die „Zündkerze", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel geht im Betrieb von Hand zu Hand, vor dem Tor, in den Familien wird sie manchmal Punkt für Punkt von den Kollegen diskutiert. Gleichzeitig muß die D„K"P unter der Hand zugeben, daß sie für ihre konterrevolutionäre Betriebszeitung, den „Motor", Absatzschwierigkeiten bekommt. Die wachsende Kampfkraft und der wachsende Einfluß der revolutionären Propaganda zeigt sich auch darin, daß der Betriebsrat immer öfter sich gezwungen sieht, direkt oder indirekt sich mit der „Zündkerze" auseinanderzusetzen.

Angesichts der wachsenden Unruhe unter den Kollegen, die sich immer mehr die Frage stellen, was für einen Ausweg es denn aus dieser kapitalistischen Krisenwirtschaft gibt, stellt sich für die KPD/ML verstärkt die Aufgabe, den Kollegen den Weg des revolutionären Klassenkampfes und die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution, die zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus führt, aufzuzeigen. Ein Erfolg dabei ist es, daß in der letzten Zeit die ersten Treffen stattgefunden haben von Kollegen, die sich in einer Revolutionären Gewerkschaftsoppositions-Gruppe zusammenschließen wollen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland !

ROTE FAUST



Zeitung der Zelle Blumenthal der KPD/ML

Korrupt bis auf die Knochen

Die IGBE-Betriebsräte auf Blumenthal werden durch die verschiedensten Methoden vom Kapital gekauft. Einige Beispiele: Freistellung von der Maloche, 25 Schichten werden ihnen bezahlt, Spesen, um nur einiges zu nennen.

Unter diesen sauberen Interessenzertretern gibt es natürlich einige, denen diese „normale" Bestechung durch das Kapital nicht ausreicht, die versuchen, sich auf Kosten der Kumpel zusätzlich zu bereichern.

Ein herausragendes Beispiel ist der türkische Dolmetscher und Betriebsrat Turgut. Er sitzt im Wohnungsausschuß. Kommt ein türkischer Kollege und braucht dringend eine Wohnung, wird ihm gesagt, daß keine frei ist und daß erstmal nichts zu machen ist. Aber er soll mal seine Adresse da lassen... Und später wendet sich ein Strohmann, nur in den seltensten Fällen Turgut selbst, an den Kollegen und gibt ihm zu verstehen, daß durch ein gewisses „Bakschisch" (so um 50 Mark) die Sache mit der Wohnung zu regeln wäre. Schon in den nächsten Tagen bekommt der Kollege, der das Bakschisch bezahlt hat, einen Brief von der Wohnungsverwaltung, daß eine Wohnung frei wäre.

Dieser ganze Vorgang läuft, wie bei Korruption üblich, natürlich ohne Quittung ab, getreu der Devise aller Gauner im weissen Kragen: Man darf alles machen, man darf nur nichts beweisen können! Diesen schönen Nebenverdienst kann Turgut nur einstreichen, weil Wegat und Gahlen stillhalten und die Wohnungsverwaltung mitspielt, denn unbemerkt ist die ganze Sache nie gewesen. Unwahrscheinlich ist auch, daß der Brandau-Betriebsrat bei dem Spitzelwesen noch nichts gehört hat. Aber natürlich wird nichts dagegen getan, im Gegenteil lobte Brandau die Zusammenarbeit mit Turgut. Denn der Dolmetscher soll ja besonders die türkischen Kollegen ruhig halten.

Nicht nur als Unterdrückungsinstrument des Kapitals, sondern gerade auch beim Füllen der eigenen Taschen sind die Betriebsräte fest dabei.

An solchen Korruptionsbeispielen kann man sehen, wie notwendig und nützlich die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats über solche Leute ist!

ROTLICHT

Eigendruck im Selbstvlg.
Verantwortlich: Th. Scheffer
1 Berlin 65 Schererstr. 10

Zeitung der Betriebszelle Osram der KPD/ML LV Westberlin

Datum

Keine Verlagerung des Glaswerks!

340 Kollegen im Glaswerk sollen ihre Arbeitsplätze verlieren. Die Glasröhrenproduktion soll nach Augsburg verlegt werden. Dort sind aber nicht nur die Gas- und Strompreise niedriger, sondern vor allem die Löhne billiger. Das zählt in erster Linie für die Osram-Kapitalisten.

Die Entwicklung von Osram in Spandau

In den 60er Jahren, als im Glaswerk nicht nur Röhren, sondern auch die Kolben gezogen wurden, arbeiteten dort ca. 1 000 Kollegen.

- 1971 arbeiteten noch 550 Kollegen im Glaswerk, die Glaskolbenproduktion wurde mit Philips zusammengelegt in Lommel (Belgien).
- 1973 wurde das neue Lampenwerk eröffnet. Bei der Einweihung wurde es überall als „Berliner Modell" hochgejubelt. Schütz sagte 71 bei der Grundsteinlegung:

„Die Aktivität des deutschen Großunternehmens Osram in Berlin bedeutet für die Bevölkerung der Stadt die Bestätigung der Pläne und Ziele, die sie selbst hat. Wenn Osram eine der modernsten Glühlampenproduktionen der Welt als Berliner Modell in Berlin baut, ist dies auch eine Ermunterung für die Bürger der Stadt."

„Berliner Modell" — das bedeutet in Wirklichkeit für die Kollegen:

- 1974/5 Kurzarbeit im Lampen- und Glaswerk
- 1975 folgten dann Entlassungen: ca. 100 im Glaswerk und 320 im Neubau.
- 1976 das Glaswerk soll verlagert werden. Klar ist, daß dies für mehrere Abteilungen weitere Entlassungen bedeutet.

„Berliner Modell" — daß hieß für die Kollegen nicht nur 2 oder 3 Schichten, sondern die berüchtigte Conti-Schicht, alle 4 Wochen einen Sonntag zu Hause, sonst arbeiten. Für Osram hieß das: Verdoppelung der pro-Kopf-Produktion.

Der Fall des Glaswerks zeigt: Für die Kapitalisten zählt nur die Erzielung von Höchstprofiten. Durch vom Staat gegebene Millionen Subventionen lassen sie billige Werke bauen und steigern die Ausbeutung der Arbeiter durch neue Produktionsverfahren und mörderische Schichtsysteme immer weiter. Und wenn sie dann anderswo bessere Chancen für Maximalprofite sehen, dann machen sie den Laden dicht, weil er eben nicht mehr **genug** Profit abwirft — egal ob neue Maschinen dastehen oder nicht. Das ist das **Chaos**, die **Anarchie** in der kapitalistischen Wirtschaft.

Nicht planmäßiger Aufbau und Entwicklung der Produktion für die Bedürfnisse der Gesellschaft und Arbeit für alle — sondern allein Vermehrung des Kapitals ist die Devise. Deshalb kann sich das im Glaswerk zu jeder Zeit auch bei uns im Wedding abspielen. Die Verlagerung des Drahtwerkes war schon so ein Fall.

Betriebsräte sabotieren den Kampf gegen die Stillegung des Werkes!

Da rennen nun die Herren Betriebsräte wie wilde Hühner zu Schütz, um uns Sand in die Augen zu streuen. Genau wie bei der Schließung von NCR, ADREMA, FEYL usw.

„Der Betriebsratsvorsitzende des Glaswerkes, Arhilger, versteht die Motive der Geschäftsleitung, die bei einer „Standortbereinigung" vor allem die Kostenfrage im Auge behalten muß." (Der Abend 30. 1. 76). Diese Verlagerungen sind kein besonderes Berliner Problem, wie es uns SPD und „S"EW weismachen wollen, sondern das Ergebnis der Gesetze des Kapitalismus. Deswegen wird auch in Westberlin erst Schluß mit der Angst um die Arbeitsplätze sein, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Kommunistischen Partei die Macht in der proletarischen Revolution erkämpft hat. Dann erst, wenn in **Ost** und **West** die Ausbeuter und Bonzen verjagt sind und ihr Unterdrückungsapparat zerschlagen ist, werden die Arbeiter bestimmen. Diejenigen, die täglich die Werte schaffen, werden planen und bestimmen, was, wo und wie produziert wird!

Revisionistisches

GRÜNDER DER D„K“P WAR CHEF DER KRIMINALPOLIZEI

Die „Südwest Presse“ vom 2. 2. 76 berichtet über mehrere Wahlversammlungen der D„K“P in Schwaben. Auf einer der Versammlungen stellte Harald Schwaderer von der D„K“P vor allem das Interesse seiner Partei an der „inneren Sicherheit“ heraus. Die „Südwest Presse“ berichtet: „Die Tübinger Kommunisten zeigten sich interessiert, auch mit der Polizei über die Fragen der inneren Sicherheit in eine konstruktive Diskussion einzutreten. Der Gründer der Kommunistischen Partei in Tübingen, Ferdinand Zeeb, war immerhin Chef der hiesigen Kriminalpolizei.“

Ein Kommentar erübrigt sich wohl. Angemerkt sei lediglich, daß noch kein Jahr vergangen ist, daß die Polizei in Tübingen und Umgebung die Bevölkerung mit Schlagstockeinsätzen und Hunderten von Verhören terrorisierte, um den Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl niederzuschlagen.

POLIZEI GRATULIERT KITTNER

Kittner ist einer der Stars der D„K“P, die angeblich mit ihren Mitteln kompromißlos gegen die Bosse, gegen den Kapitalismus, kämpfen.

Es ist in solchen Fällen immer ganz nützlich, auch einmal zu sehen: Was sagt der angeblich so hart Bekämpfte dazu? Was Kittner angeht, konnte man dazu Mitte Februar in der Zeitung lesen, daß Kittner kürzlich von einem Streifenwagen der Polizei gestoppt wurde. Als er schon die Wagenpapiere vorzeigen wollte, winkten die Polizisten freundlich ab: „Wir wollten Ihnen nur zu Ihrem 15jährigen Bühnenjubiläum gratulieren.“ Kittner selber soll von dieser Begebenheit sehr begeistert sein.

Und da sage noch einer, die Stars der D„K“P hätten ein feindliches Verhältnis zur Polizei.

PREISSTEIGERUNGEN IN DEN REVISIONISTISCHEN LÄNDERN

In der „UZ“, der Zeitung der D„K“P, wird immer wieder so getan, als seien die angeblich sozialistischen Länder wie Polen oder Ungarn das gerade Gegenteil vom Kapitalismus in der Bundesrepublik mit wachsender Arbeitslosigkeit, Lohnraub und Preissteigerungen.

Die Wahrheit sieht anders aus.

Die Sowjetunion und die anderen revisionistischen Länder stecken mit ihrer kapitalistischen Wirtschaft tief in der Krise. Und die neue Bourgeoisie dort wälzt wie die Bourgeoisie hier die Krisenlasten auf die Werktätigen ab. So machen sich ein auffallender Mangel an Massenkonsumartikeln auf der einen Seite und Preissteigerungen auf der anderen Seite für die Werktätigen immer mehr bemerkbar. In Polen stiegen die Lebenshaltungskosten 1974 für eine durchschnittliche polnische Familie um 5% und 1975 erneut um 2 bis 2,5% im Vergleich zum Vorjahr.

Auch in Ungarn kam es zu einer massiven Preissteigerung. Wie die revisionistische ungarische Zeitung „Nepszabadsag“ selbst bestätigt, stiegen die Massenkonsumartikel 1975 um mindestens 3,6%. Erwähnenswert ist, daß der Preis für Zucker um 50% und der für Brot um 40% stieg. Die Aussichten für die Zukunft sind noch schlechter. Offizielle Quellen der ungarischen Revisionisten geben zu, daß es 1976 zu weiteren Preissteigerungen für den ungarischen Konsumenten kommen wird.

Auch in Jugoslawien steigen die Preise für Industriewaren und Nahrungsmittel weiter. Laut Nachrichtenagentur Tanjug sind die Einzelhandelspreise in Slovenien für Industriewaren um 26% gestiegen, für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 22% und für soziale Dienstleistungen um 23%. Tanjug meldete ebenfalls vor kurzem, daß 1975 die Preise in Belgrad um 18% gestiegen sind.

Gespräch mit einem Genossen

Die Lage der Bauern wird immer elender

In den letzten Wochen hat die Bundesregierung ihren diesjährigen Agrarbericht vorgelegt. Die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen haben dies zum Anlaß genommen, die Lage der Bauern in rosigem Licht darzustellen und zu behaupten,ein „Aufschwung sei in Sicht“. Im gleichenAtemzug hetzt die Kapitalistenklasse, die Bourgeoisie, gegen die Bauern und versucht ihnen die horrenden Preissteigerungen für Kartoffeln, Rindfleisch usw. in die Schuhe zu schieben. In Wirklichkeit aber bedeutet der Kapitalismus den Ruin der kleinen und mittleren Bauern, und auch an den Preissteigerungen sind nicht die Bauern schuld, sondern die kapitalistischen Monopole, der räuberische Zwischenhandel und die Banken. Die wirkliche Lage der Bauern wird in dem folgenden Bericht deutlich, den uns ein Genosse gab.

Genossen, ich möchte euch an dem praktischen Beispiel meiner Eltern aufzeigen, wie große Teile der Bauernschaft heute in der Bundesrepublik ausgeplündert werden und die Lage für sie immer elender wird. Die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse, leugnet die Gemeinsamkeit zwischen der Arbeiterklasse und den Klein- und Mittelbauern, um so ihre gemeinsame Kampffront zu spalten,mit dem Ziel, ihre Ausbeuter- und Unterdrückerordnung über das uneinige Volk aufrechthalten zu können. Ich bin roter Betriebsrat in einem Nordenhamer (Kreis Wesermarsch) Elektrowerk und erlebe sehr oft, wie bei den Arbeitern den Bauern die Schuld für die hohen Nahrungsmittelpreise in die Schuhe geschoben werden soll. Ich war auf der anderen Seite vorher selbst 8 Jahre in der Landwirtschaft und habe es da oft erlebt und meine Eltern bestätigen dies auch heute noch, wie versucht wird, der Arbeiterklasse die Schuld an der Ausplünderung der Bauern in die Schuhe zu schieben.

RM: Kannst Du uns über das Leben Deiner Eltern, die ja selbst Bauern sind, erzählen?

Der Hof meiner Eltern liegt in der Wesermarsch, dem viehreichsten Landkreis in der Bundesrepublik. Die Wesermarsch liegt zwischen dem Jadebusen und der Wesermündung, und der Hof meiner Eltern ist 30 ha groß, damit zählen sie zu den Mittelbauern. Es ist ein typischer Wesermarschhof, er hat nur Grünland und die Haupteinnahmequellen bestehen im Verkauf von Milch und Schlacht- und Zuchtvieh. Ackerbau ist in der Wesermarsch selten, denn der Boden ist ein zäher Kleiboden, der nur mit großem Aufwand zu beackern ist. Es gibt in diesem Landkreis nur wenige Großbauern, dafür aber viele mittlere und kleinere Mittelbauernbetriebe und viele Kleinbauern. Meine Eltern bewirtschaften den Hof alleine, ich helfe ihnen in Spitzenarbeitszeiten, so z. B. während der Heuernte. Bei uns werden 22 Kühe mit dem entsprechenden Jungvieh gehalten, so daß mit Kälbern, Bullen und Jungrindern etwa 70 Teile Rindvieh zusammenkommen. Der Arbeitstag meiner Eltern beginnt ***5.30 und endet gegen 19 Uhr, in der Heuernte manchmal aber auch erst gegen 22 Uhr. Zieht man zwei Stunden für die Frühstücks- und Mittagspause ab, so beträgt der normale Arbeitstag meiner Eltern über 11 Stunden.*** *Das ist kein extremer Einzelfall, nein, alle Bauern in dieser Gegend arbeiten so lange, ja oft sogar noch länger. Und dies auch am Wochenende, denn die Kühe können sich nicht von alleine melken. Zwar haben sich die Preise für Milch und Rindfleisch für die Bauern leicht verbessert, doch sind gleichzeitig die Betriebsmittelkosten (Landmaschinen, Kraftfutter, Kunstdünger usw.) ungleich stärker gestiegen. Diese sogenannte Preisschere klafft immer mehr auseinander und so können die Bauern nur durch die Verlängerung des Arbeitstages und Erhöhung der Produktion ihr Einkommen halten oder erreichen, daß es langsamer sinkt. Vor einigen Jahren noch hielt mein Vater 18 Milchkühe mit dem entsprechenden Jungvieh, heute wie gesagt 22, doch sein Einkommen ist gesunken. Es beträgt heute nicht einmal mehr 20000 DM (im Jahr), davon müssen meine Eltern leben und Neuanschaffungen machen. Um aber das Einkommen „erhöhen“ zu können, muß man mehr Vieh halten und dafür bestimmte Einrichtungen (z. B. Viehställe, Grünland) pachten oder kaufen, d. h., der Bauer muß seinen Arbeitstag noch weiter verlängern. All dies erfordert aber auch einen erheblichen Kapitalaufwand, den kein Klein- oder Mittelbauer auf Dauer verkraften kann. Während sich nämlich das landwirtschaftliche Kapital im besten*



Ob in Schleswig-Holstein, Westfalen, Schwaben oder Bayern — überall in der Bundesrepublik haben sich die Bauern in den letzten Jahren immer wieder zum Kampf gegen ihre Ruinierung durch die EWG und die Monopole erhoben. Unser Bild zeigt eine Traktorendemonstration in Heide/Nordfriesland, an der sich 4-5000 Bauern beteiligten.

Falle mit 3% verzinst, müssen die Bauern für Kredite und Wechsel 10-15% Zinsen auf den Tisch packen. ***Und so stehen immer mehr Bauern vor der Frage, heute schon die Sachen zu packen und als Proletarier ihre Arbeitskraft in den Fabriken an die Kapitalisten zu verkaufen oder aber langsam aber sicher in die vollständige Abhängigkeit der Banken, also auch der Kapitalisten, zu geraten. Schon heute gehört dem Finanzkapital in der Wesermarsch über ein Drittel des landwirtschaftlichen Vermögens...***

RM: ...Wie sieht es in diesem Zusammenhang mit den Genossenschaften aus?

Die Genossenschaften werden von den modernen Revisionisten der D„K“P gerne als „sozialistische Elemente“ auf dem Lande bezeichnet. Doch die heutigen Genossenschaften sind nur scheinbar Verkaufs-, Vermarktungs- und Finanzierungsorganisationen der ***Bauern,*** *in Wirklichkeit sind sie völlig in der Hand der Bourgeoisie. So müssen z. B. die Molkereien, wollen sie größere Investitionen mit Hilfe der Genossenschaftbank tätigen,einen Durchschlag an die Deutsche Bank einreichen. Die Bauern sind nur noch scheinbare Eigentümer, während die Gewinne ganz andere einstreichen.*

RM: Was hat euch die EWG gebracht?

Die Bauern werden auf vielfache Weise ausgeräubert, sie bekommen auf der einen Seite nur einen geringeren Teil der Verkaufserlöse der von ihnen produzierten Nahrungsmittel, auf der anderen Seite werden sie von den Geldleihern und den Monopolen, die für die Betriebsmittel überhöhte Preise fordern, ausgeplündert. ***Seit es die EWG gibt, wird das Bauernlegen noch konzentrierter betrieben,*** *Subventionen bekommen nur die Großbauern und die größeren Mittelbauern, während die Klein- und Mittelbauern leer ausgehen, weil sie keinen „förderungswürdigen“ Betrieb darstellen. Sie bekommen nur Geld in Form einer Landabgaberente, wenn sie ihren Hof dichtmachen und das Land an einen „förderungswürdigen“ Betrieb verpachten. Und diese Politik ist ganz im Interesse der Großbauern, weil sie lästige Konkurrenten loswerden und mit mehr Land ihre Produktion besser ausrichten können. Während die Klein- und Mittelbauern durch die Bourgeoisie und ihren Staat ruiniert werden, wird den Großbauern, einem Teil der Bourgeoisie, alles zugeschoben. Auch in dem Dorf meiner Eltern geben immer mehr Bauern auf. Die Jungen wandern in die Industrie ab und das Dorf überaltert so langsam, das Durchschnittsalter der Bauern im Ort ist über 55 Jahre, der jüngste Bauer ist 38. Mein Vater ist 62 und will auch zum Herbst die Landwirtschaft aufgeben. Meine Eltern machen sich um ihren Lebensabend natürlich Sorgen, denn von der Pacht und dem Altersgeld können sie nur dann ausreichend leben, wenn sie in den Hof nichts mehr reinstecken, sondern die schönen alten Gebäude langsam verfallen lassen.* ***Das Land verödet immer mehr.***

An dem Beispiel meiner Eltern und dem Schicksal vieler Bauern hier kann man deutlich erkennen, das kapitalistische System bringt der großen Masse der Bauern nur Elend und immer mehr von ihnen werden ins Proletariat hinabgestoßen. Obwohl viele Klein- und Mittelbauern noch Besitzer von Grund und Boden sind, haben sie ein objektives Interesse an der sozialistischen Revolution. „Die Kommunisten wollen Euch die Höfe wegnehmen“, sagt die Bourgeoisie und streicht sich gleichzeitig einen Hof nach dem anderen ein. Haltet den Dieb, schreit der Dieb. Natürlich ist nicht Bauer gleich Bauer, denn die Großbauern haben ein Interesse an der Vernichtung der anderen Bauern und so kann man verstehen, daß der Bauernverband, wo die Großbauern á la Heeremann die Führung inne haben, ein Instrument der Bourgeoisie ist. ***Obwohl zahlenmäßig schon stark dezimiert, bleiben die Klein- und Mittelbauern die ersten Bündnispartner für das Proletariat. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, um gemeinsam den revolutionären Ausweg zu gehen, muß sich auf dem Land die revolutionäre Landvolkbewegung formieren. Einen Ansatz davon gibt es bei uns in Nordenham schon, und ich bin sicher, eines Tages werden auch meine Eltern dabei sein und dann werden wir Arbeiter und Bauern gemeinsam das vereinte, unabhängige sozialistische Deutschland unter der Führung der KPD/ML erkämpfen!***

Vom Aufbau des Sozialismus

2 BRIEFE AN GENOSSEN ENVER HOXHA

Im folgenden zitieren wir aus zwei Briefen, die Genosse Enver Hoxha, Erster Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens von Einwohnern, die den nationalen Minderheiten in Albanien von Oberdropulli und den Kossovoern Albaniens angehören, erhalten hat. Diesen beiden Briefen bringen die Freude über den Entwurf der neuen Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zum Ausdruck.

So schreibt die 82jährige Edrophini Loli aus dem Dorf Sotira in Oberdropulli: „Mein Sohn erklärt mir jeden Abend die verschiedenen Artikel des Verfassungsentwurfs. Er erläutert mir den Artikel Nr. 31, in dem es heißt, daß die Bürger unserer Republik keinerlei Gebühren und Steuern zahlen. Vor der Befreiung Albaniens kehrte mein Mann aus Griechenland zurück, wohin er als Arbeiter ausgewandert war und wo er jahrelang brutal durch die kapitalistischen Regimes ausgebeutet wurde. Er war dort an Tuberkulose erkrankt. Damals konnten wir uns keine Arzneimittel leisten. Heute gibt es sie alle, und auch die ärztliche Betreuung ist für uns kostenlos. Vor der Befreiung fehlte uns auch das tägliche Brot. Deshalb waren wir gezwungen, den schlimmen Weg der Auswanderung einzuschlagen. Aus unserem Dorf wanderten 650 Menschen aus. Ein Teil davon starb im fremden Land. Nach der Befreiung war es für das albanische V-'k und auch für uns als nationale Minderheit ein für alle Mal aus mit der Auswanderung, weil bei uns, wie es auch im Artikel 42 des Verfassungsentwurfs heißt, für alle Bürger, Frauen und Männer, die Arbeit gesichert ist. Wir freuen uns außerordentlich, lieber Genosse Enver Hoxha,“ heißt es in dem Brief ferner, „wenn wir heute sehen, wie unsere Kinder in unserem schönen sozialistischen Dorf leben und arbeiten, ungetrennt von ihren Familien. Wir haben uns neue Wohnungen gebaut, und es fehlt uns an nichts.“ Abschließend wünscht die 82jährige Edrophini Loli dem Genossen Enver Hoxha Gesundheit und ein langes Leben für das Wohl der Partei und des albanischen Volkes.

Einen weiteren Brief erhielt Genosse Enver Hoxha von den Kossovoern der landwirtschaftlichen Genossenschaft „Bajram Curri“ im Dorf Pojan, Bezirk Fieri.

Zu Beginn schildern die Kossovoer, daß für sie die Sonne erst wirklich aufging, als die Partei am 29. Nov. 1944 ihnen die Freiheit brachte. „Ihr Wunsch“, heißt es in dem Brief, „und der Wunsch der Partei, daß es besonders für die Familien der Kossovoer keine Sorgen und kein Elend mehr gebe, ist bei uns zur Wirklichkeit geworden. Aus unseren Familien sind Dutzende hoher Kader hervorgegangen, Ärzte, Lehrer, Landwirte, Ökonomen, Offiziere. Unsere Söhne und Töchter setzen sich nach der Arbeit auf die Schulbänke der höheren Landwirtschaftsschule, die hier bei unseren landwirtschaftlichen Genossenschaft eröffnet worden ist, und sie lernen, um gebildete Landwirte zu werden. Ihren Auftrag, den Namen Bajram Curri und das Banner unserer Partei in Ehren hochzuhalten, machen wir zur Wirklichkeit, weil wir das Wort der Partei immer befolgt haben, weil wir in der Vergangenheit um das tägliche Brot gelitten haben, es jetzt aber in Hülle und Fülle haben, weil wir in der Vergangenheit um ein Stück Boden geschuftet haben, ihn aber heute unser eigen nennen, weil wir um Licht geschmachtet haben, es heute aber in unseren Häusern haben, weil wir einst auch unser letztes Stückchen Brot hingeben mußten, um eine Braut für unseren Sohn finden zu können, jetzt aber kommt die Braut zu uns in reiner sozialisti-Landwirtschaftsschule, die hier bei unserer kleinen Kinder hergeben mußten, um Arzneien für die Kranken kaufen zu können, und heute hat uns die Partei kostenlose ärztliche Betreuung gesichert.

Für all das, lieber Genosse Enver Hoxha, geloben wir Ihnen mit dem treuen Wort des Albaners, daß wir immer treue Soldaten der Partei an den schwierigsten Fronten sein und unser Leben, das Leben unserer Kinder für die Sache der Partei und des Vaterlandes geben werden. Unsere junge Generation werden wir in den besten Tugenden unserer Partei und unseres Volkes erziehen, zur Liebe zur Arbeit, weil die Arbeit Ehre und Ruhm ist, zur Liebe zum Gewehr, weil aus dem Gewehrlauf unsere heutige Freiheit kam. Immer, wenn uns die Partei auffordern wird, werden wir an vorderster Front stehen, mit dem Auge am Visier und mit dem Finger am Abzug. Wir werden unser Blut in Strömen vergießen, wir werden unser Leben geben, um die rote Farbe des sozialistischen Albaniens zu verteidigen.“

Essen

Nacht- und Nebelaktion der Kripo

Anfang Februar wurde das Zimmer einer Genossin der KPD/ML in Essen mehrere Male von der Polizei durchsucht. Die Art und Weise, wie die Polizei sich Einlaß in das Zimmer verschaffte und die näheren Umstände dieser Durchsuchungsaktion lassen nur den Schluß zu, daß es sich hier um einen provokativen Akt gegen die Partei handelt.

Das fragliche Zimmer wird von der Genossin nicht ständig bewohnt, da sie es lediglich zu Arbeitszwecken gemietet hat. Das war natürlich auch den anderen Hausbewohnern bekannt. Auch einem Herrn Lawitz, der in diesem Haus eine Imbißstube unterhält. Dieser Herr brach in Abwesenheit der Genossin in das Zimmer ein, wobei er die mit einem Steckschloß gesicherte Tür aufbrach. Seine fadenscheinige Begründung: er wollte für einen nebenan wohnenden Mieter ein Ofenrohr durch dieses Zimmer legen. Allerdings ist Herr Lawitz weder der Hausmeister des Hauses, noch verständigte er den Hauswirt davon.

Der Hauswirt erhielt sogar erst eine Woche später darüber Bescheid — von der Polizei. Die Kripo rief bei ihm nicht etwa deshalb an, weil sie gegen Herrn Lawitz wegen Einbruchs ermittelte. Nein, man teilte dem Hauswirt mit, daß das Zimmer der Genossin von der Polizei durchsucht worden sei. Zu dem Zeitpunkt log die Polizei noch, sie habe sich das Zimmer nur oberflächlich angesehen. Inzwischen ist jedoch klar — vor allem aufgrund der Beobachtungen von Hausbewohnern, daß die Polzei nicht nur zweimal tagsüber in der Wohnung war, sondern sich zusätzlich auch noch eine Nacht dort herumtrieb. Als „Zeugen" bei dieser Aktion hatte sich die Polizei übrigens niemand anderen als gerade Herrn Lawitz ausgesucht. Außerdem wurde der Genossin inzwischen mitgeteilt, daß die Vorgänge an die Staatsanwaltschaft Dortmund weitergegeben wurden und dort gegen sie wegen § 129 (kriminelle Vereinigung) ermittelt wird.

Die Polizei in Essen tut jetzt so, als sei alles ein großes Mißverständnis. Weder habe sie selber etwas vom Einruch des Herrn Lawitz gewußt, noch hätten sie das Geringste gegen die Genossin. Aber das ist nur eine Masche. Denn auch weiterhin weigern sich Justiz und Polizei, einen Hausdurchsuchungsbefehl vorzulegen oder Gründe für die Durchsuchungen zu nennen. Genauso bekommt die Genossin keine Auskunft darüber, auf welcher Grundlage eigentlich gegen sie wegen § 129 ermittelt wird.

Das Bild, das das Zimmer der Genossin nach den Durchsuchungen durch die Polizei bot, gibt jedoch Aufschluß darüber, was die Polizei hier interessierte: abgesehen von dem Chaos, das die Polizei angerichtet hatte, fiel vor allem auf, daß in dem Zimmer Papiere verstreut lagen. Bei diesen Papieren handelt es sich um parteiinternes Material.

Warum durchwühlt die Polizei in Zusammenarbeit mit einem offensichtlichen Provokateur in einer Nacht- und Nebelaktion ein Zimmer, nur um — nicht verbotene — Papiere einer — nicht verbotenen — Partei durchstöbern zu können? Dieses Vorgehen ist kein „Ausrutscher". Obwohl die KPD/ML heute nicht verboten ist, wird sie trotzdem massiv von der Bourgeoisie verfolgt. Als Kommunisten bekannte Arbeiter fliegen aus den Betrieben; Lehrer bekommen keine Anstellung; es findet bald jeden Tag irgendwo in der Bundesrepublik und Westberlin ein Prozeß gegen einen Genossen statt. Aber dies ist nur die eine Seite der Verfolgung. Die andere Seite ist die Bespitzlung, mit der die Bourgeoisie Aufschluß über das Leben der Partei, über ihren Apparat, über ihre Verbindungen zu den Massen bekommen will. Man erinnert sich noch an die Debatten zur „inneren Sicherheit", wo Bundeskanzler Schmidt betonte, wie wichtig es sei über „Vertrauenspersonen" Aufschluß über die innere Struktur von „terroristischen" Organisationen zu bekommen. Es ist auch bekannt, daß die westdeutsche Bourgeoisie im Eiltempo ein aufwendiges zentralisiertes Computersystem entwickelt hat (als einziges Land in Westeuropa), in dem bisher bereits 2 Millionen Menschen erfaßt sind. Mit Terror und Bespitzlung verfolgt die Bourgeoisie das Ziel, nicht nur einzelne Kommunisten zu verfolgen, wie jetzt die Genossin in Essen, sondern die Organisation, die kommunistische Partei, zerschlagen zu können. Bei diesem Kampf sind sich alle bürgerlichen Regime einig, sowohl im Westen, als auch die im Osten.

Aber natürlich sind die Pläne der Bourgeoisie und die Verwirklichung dieser Pläne zwei verschiedene Paar Schuhe. Denn einerseits tut unsere Partei der Bourgeoisie natürlich nicht den Gefallen, ihr die Organisation auf dem Präsentierteller anzubieten. Sie verbindet legale und illegale Arbeitsmöglichkeiten so, daß sie ihr die Arbeit möglichst leicht machen und der Bourgeoisie möglichst schwer. Andererseits aufgehoben, das Verfahren vorläufig Partei, die sich auf revolutionäre, marxistisch-leninistische Linie stützt und sich mit den Massen verbindet, allemal stärker als die Bourgeoisie. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß sich allem faschistischen Terror des sozialfaschistischen Regimes von Breschnew und Honecker in der DDR zum Trotz auch dort die Partei gründete und ihre Arbeit aufnahm.



KEMPTEN

Am 5. 2. fand in München ein Prozeß gegen Genossen Thomas K. aus Kempten wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" statt. Vorausgegangen war ein Strafbefehl über 4900 DM.

Wie war es dazu gekommen? Im Sommer 75 lief gegen den Genossen ein Prozeß wegen „Wehrkraftzersetzung", weil er 1972 eine antimilitaristische Soldatenzeitung verteilt haben sollte. Der Genosse wurde in diesem Prozeß freigesprochen. Aber während der Verhandlung wollte der Staatsanwalt seine Unterlagen beschlagnahmen, um daraus eine neue Anklage zu basteln. Der Genosse zerriß daraufhin die schriftlichen Unterlagen und warf sie in Richtung des Zuschauerraums. Der Staatsanwalt suchte daraufhin einen Teil der Schnipsel zusammen, ließ den Genossen kurzfristig verhaften und kündigte einen Prozeß wegen Beleidigung der Bundesrepublik an. Offenbar aber ergaben die Schnipsel kein brauchbares Material dafür. Der Genosse bekam einen Strafbefehl wegen „Widerstands". Jetzt heißt es plötzlich, der Genosse habe, als der Staatsanwalt die am Boden liegenden Zettel auf einen Haufen wischte, in diesen Haufen getreten, „so daß der Staatsanwalt die Hände zurückziehen mußte, um nicht getroffen zu werden."

Im Prozeß am 5. 2., in dem es um dieses „Verbrechen" ging, sagten zwei Rechtsanwälte als Zeugen aus, daß der Genosse mit Sicherheit nicht getreten habe. Trotzdem glaubte der Richter allein dem Staatsanwalt. Begründung: ein Staatsanwalt könne nicht lügen, er setze ja damit seine Karriere aufs Spiel! Das Urteil 4200 DM Geldstrafe.

HAMBURG

Am 14. 1. fand in Hamburg ein Prozeß gegen einen Genossen statt, der bei einem Polizeiüberfall im Mai 75 festgenommen, zusammengeschlagen und mit Handschellen so gefesselt wurde, daß man jetzt, 8 Monate später, die Spuren noch sieht. Natürlich war den Polizisten nichts passiert. Dafür hatte der Genosse einen Strafbefehl über 928 DM erhalten, gegen der er Einspruch einlegte. Im Urteil bestätigte der Richter den Polizeizeugen ihre Glaubwürdigkeit. Da aber jeder eine andere Straftat an einem anderen Ort gesehen hatte und er bei einer Verurteilung des Genossen notwendigerweise eine Aussage für falsch erklären mußte, zog er es in diesem Fall vor, den Genossen freizusprechen.

ROTENBURG

„Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen", dieses Sprichwort bewahrheitet sich immer wieder bei Unfällen an Gleisübergängen der Bundesbahn. So auch in Rotenburg. Hier war ein Ehepaar mit seinen zwei Kindern ums Leben gekommen, weil sie im Auto auf den Gleisen von einem Zug erfaßt wurden, da die Schranken nicht heruntergelassen waren. Der Schrankenwärter hatte den Zug vergessen. Ein Fall von „menschlichem Versagen" also. Aber die Verantwortung dafür trägt nicht der Bahnwärter, sondern die Bundesbahndirektion. Selbst ein Gutachter im Prozeß bescheinigte dem Mann „hohes Verantwortungsgefühl". Wie ein solcher Mann trotzdem einen Zug „vergessen" kann, kann man sich vorstellen, wenn man weiß, daß er zugleich Sperrenbediener, Fahrkartenverkäufer und Schrankenwärter ist. Am Unglückstag waren zudem noch Bauarbeiten an einem Gleis, die auch noch mit beachtet werden mußten.

1973 war aus ähnlichen Gründen bereits ein tödlicher Unfall an der gleichen Stelle erfolgt. Trotzdem blieb alles beim alten. Auch jetzt nach dem zweiten Unfall blieb die Bundesbahn als eigentlich Schuldiger, die den Bahnübergang weder automatisiert noch genügend Personal bezahlen will, aus dem Spiel. Verurteilt wurde dagegen der Bahnwärter: zu 9 Monaten Gefängnis auf Bewährung und 2000 DM Geldstrafe.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 3. 3. 1976 findet um 9 Uhr im Zimmer 101 des Landgerichts Duisburg ein Prozeß gegen den Genossen Fritz Raßmann statt. Der Genosse ist angeklagt, weil er am Trauermarsch zu Ehren des Genossen Günter teilgenommen haben soll und das Flugblatt „Das ist Mord" verteilt haben soll.

Sofortige Haftverschonung für Herbert Hennrich!

Die Rote Hilfe Deutschlands wendet sich hiermit an alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik, um die sofortige Haftverschonung für Herbert Hennrich zu erkämpfen.

Seit langer Zeit leidet Herbert Hennrich, Gefangener im Gefängnis Preungesheim, unter krampfartigen Nieren- und Blasenschmerzen, die mit Blutungen verbunden sind. Am 15. 2. 75 stellte ein Facharzt eine chronische Prostatitis fest. Die Gefängnisleitung unternahm aber nichts, so daß noch zusätzlich eine Nierenbeckenentzündung hinzutrat. Jede wirkliche Behandlung wurde ihm verweigert, im Gegenteil, Herbert wurde ohne Untersuchung des Gefängnisarztes als Simulant bezeichnet.

Als Herbert es vor Schmerz kaum mehr aushalten konnte, wurde er unter dem „Schutz" von 4 bewaffneten Polizisten in einem Krankenhaus untersucht. Dort stellte der Facharzt Dr. Schwander fest, daß die Haft ausgesetzt werden muß, um die Krankheit zu heilen! Doch nichts dergleichen geschah, Herbert Hennrich wurde weiterhin von Richter Bauer als Simulant bezeichnet. Als jedoch die Krankheit immer gefährlichere Ausmaße annahm, schaffte man ihn in ein Gefängniskrankenhaus, wo er sofort total isoliert wurde, damit nichts von der unzureichenden und vernichtenden Behandlung nach außen dringt. Lassen wir es nicht zu, daß Herbert von der Bourgeoisie vernichtet wird! Fordert mit der Roten Hilfe Deutschlands die sofortige Haftverschonung für Herbert Hennrich!

Schreibt ihm ins Gefängniskrankenhaus 3500 Kassel / Wehleiden Haus E / Zelle 58!

Kreisverband der Roten Hilfe Deutschlands Frankfurt

Gericht verhindert Haftentlassung eines Schwerkranken

Seit bald einem Jahr, nämlich seit dem 9. 5. 1975, ist der Arzt Karl-Heinz Roth in Untersuchungshaft. Warum. ist nicht bekannt. Weder wurde gegen Karl-Heinz Roth Anklage erhoben, noch gibt die Polizei bekannt, welche Ermittlungen sie führt. Sicher ist für die bürgerliche Klassenjustiz aber eins: daß Karl-Heinz Roth im Gefängnis bleiben muß. Dieser Gefängnisaufenthalt bedeutet akute Lebensgefahr.

Karl-Heinz Roth wurde im Mai letzten Jahres verhaftet, als die Polizei in Köln gerufen wurde, um vermeintliche Autodiebe festzunehmen. Es kam zu einer Schießerei, bei der es zwei Tote gab. Karl-Heinz Roth erhielt dabei einen Bauchschuß und einen Schuß durch die Lunge. Weil er nicht richtig behandelt wurde, kam es zu inneren Verwachsungen im Unterleib, die ständig drohen den Darm abzuschnüren. Schon einmal wäre Roth beinahe an einem dadurch herbeigeführten Darmverschluß gestorben. Das war im August 1975, als ihm die Gefängniswärter nicht glaubten, obwohl Roth selbst Chirug ist und ihn als Simulanten abtaten. Nur eine Notoperation rettete ihn. Aber die gleiche Situation kann jederzeit wieder eintreten. **Wie krank Karl-Heinz Roth ist, kann man allein daran sehen, daß er seit dem Mai letzten Jahres 60 Pfund abgenommen hat.**

Jetzt hat das Amtsgericht Köln erneut die Haftentlassung von Roth abgelehnt. Eine „gesteigerte Behandlungsbedürftigkeit" liege nicht vor, hieß es im Beschluß vom 4. 2. 76. Am selben Tag brach Roth bei einem Transport bewußtlos zusammen. Der Gefängnisarzt Dr. Bechtel, der diese „Diagnose" stellte, hatte Roth weder an diesem Tag noch in der Zeit davor untersucht. Er hatte lediglich Anfang Januar mit ihm gesprochen.

In Wirklichkeit geht es auch bei Karl-Heinz Roth — genau wie bei den RAF-Gefangenen — nicht um medizinische Meinungsverschiedenheiten. Sowohl bei Katherina Hammerschmidt, die an einem Tumor starb, weil die Gefängnisärzte sie nicht behandelten, als auch bei Holger Meins, war der lebensgefährliche Gesundheitszustand bekannt, war der Tod mit Sicherheit vorauszusehen, wenn die Gefangenen nicht rechtzeitig in ein normales Krankenhaus kamen, sondern im Gefängnis blieben.

In beiden Fällen haben sich Gefängnisärzte und zuständige Richter bewußt gegen Gesundheit und Leben der politischen Gefangenen entschieden. Bei Karl-Heinz Roth ist es ähnlich. Der Kölner Richter Kopka in der Begründung für die Ablehnung der Haftverschonung: der Zustand des Häftlinges sei „auf sein eigenes Verhalten und das seines Begleiters Werner Sauber vor seiner Festnahme durch die Polizei zurückzuführen." Deutlicher kann das Amtsgericht Köln nicht sagen, daß es Karl-Heinz Roth nicht vor dem Tod retten will.

Helfen kann Karl-Heinz Roth nur die Solidarität, der Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz!

Ärztliche Gutachter fordern Einstellung des Verfahrens

Gericht schließt Angeklagte aus

Seit einiger Zeit läuft in Kaiserslautern ein Prozeß gegen drei RAF-Gefangene, gegen Manfred Grashof, Klaus Jünschke und Wolfgang Grundmann. Alle drei sind bereits seit 4 Jahren in Haft und zwar in vollständiger Isolation. Sie haben sich deshalb auch im Herbst letzten Jahres zusammen mit anderen Gefangenen an dem Hungerstreik gegen die Isolationsfolter beteiligt.

Im Prozeß wurden jetzt vier ärztliche Gutachter gehört. Die Ärzte erklärten, daß die Angeklagten unter körperlich-psychischen Erschöpfungszuständen litten sowie unter schweren Kreislaufstörungen. Als Ursache gaben sie die Isolation der Angeklagten an. Wenn die Angeklagten überhaupt wieder gesund werden sollten, müßte — so die Ärzte — die Isolation sofort aufgehoben, das Verfahren vorläufig eingestellt und von den Ärzten eigener Wahl eine Therapie durchgeführt werden.

Der Vorsitzende Richter Stiefenhöfer tat jedoch nichts dergleichen. Er leugnete dabei nicht etwa den Zusammenhang zwischen dem schlechten Gesundheitszustand der Angeklagten und der Isolationshaft, sondern erklärte vielmehr, die Angeklagten seien an diesen Haftbedingungen selbst schuld und schloß sie vom Verfahren aus mit der Begründung, sie hätten ihren schlechten Gesundheitszustand selbst herbeigeführt.

Diese Maßnahme allein ist Beweis genug, daß es hier nicht im mindesten darum geht, die „Wahrheit zu finden", sondern darum, ein Urteil zu fällen, auf dessen Grundlage Revolutionäre weiter im Gefängnis gehalten und terrorisiert werden können.

Zu Besuch bei Heinz Baron

Korrespondenz. Gestern haben wir wieder Genossen Heinz Baron im Gefängnis in Münster besucht. Genosse Heinz wurde zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er 1972 an der Demonstration zum Roten Antikriegstag teilgenommen hat. Der Genosse darf lediglich einmal im Monat für 30 Minuten Besuch erhalten.

Schon an der Pforte mußten wir länger warten. „Zu wem wollen Sie, zu Heinz Baron? Dann müssen Sie sich noch etwas gedulden." Einige andere Besucher, die später gekommen waren als wir, wurden vorgelassen und konnten ungehindert passieren.

Als es uns zu bunt wurde und wir fragten, wann wir nun endlich passieren könnten, bekamen wir die Antwort: „Sie müssen warten, sie müssen ja noch durchsucht werden." Darauf erschien ein Gefängniswärter und führte uns in das Zimmer der Diplom-Psychologin der Strafanstalt. Hier sollte die Untersuchung mit einem Metallsuchgerät stattfinden. Wir protestierten gegen diese Schikane und verlangten eine genaue Begründung. Darauf sagte der Beamte zu Christiane, der Frau von Heinz: „Sie müssen sich nicht so aufregen! Das richtet sich nicht nur gegen Sie alleine. **Das ist eine Anordnung des Präsidenten (des Strafvollzugs in Hamm — RM), daß alle Besucher von politischen Gefangenen durchsucht werden müssen." — Wie behaupten doch Bundesjustizminister Vogel und die Justizminister der Länder immer wieder? — Es gäbe in der Bundesrepublik keine politischen Gefangenen, nur Kriminelle. Wie man sieht, sind es ihre eigenen internen Anweisungen, die sie Lügen strafen.** Auch die Beamten im Gefängnis in Münster merkten schnell, daß sie sich verplappert hatten und versuchten die Sache wieder geradezubiegen: Politische Gefangene sei nicht der richtige Ausdruck, es gehe um Häftlinge, die ein besonderes Sicherheitsrisiko darstellen würden, bzw. bei denen erhöhte Ausbruchgefahr vorliege.

Heinz selbst ist wohlauf und läßt sich von der Bourgeoisie nicht unterkriegen. Neben Übersetzungsarbeiten an einem chinesischen Roman hat er jetzt auch die Teilnehme an einem politischen Arbeitskreis im Gefängnis durchgesetzt.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Der Verfassungsschutz an der PH

REUTLINGEN

Auf Initiative des KSB/ML Reutlingen wurde an der PH ein Komitee gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz gebildet. Das Komitee führte am 11. 2. eine Veranstaltung mit Rechtsanwalt Croissant durch, über 200 Studenten kamen. Aber nicht nur sie: Es kamen auch König, Einsatzleiter der Polizei bei mehreren faschistischen Überfällen in Reutlingen, und Reichert, Boss der Politischen Polizei mit dem Titel Kriminalhauptmeister — er war Zeuge beim Prozeß gegen Lothar Krieger, den Landesvorsitzenden der KPD/ML, im letzten Jahr.

Ein Genosse des KSB/ML entlarvte die beiden zu Beginn der Veranstaltung, worauf sich wütender Protest der Studenten erhob, jetzt sahen sie selbst, wie es ist: Polizei und Spitzel dort,wo fortschrittliche Menschen sind. Die Wut der Studenten zwang die beiden, den Raum zu verlassen.

Dieses Ereignis muß man im größeren Zusammenhang sehen, denn:

Vor einigen Wochen erkundigten wir uns bei der PH-Verwaltung nach den Bedingungen, den KSB/ML als politische Hochschulgruppe anerkennen zu lassen. Wir taten das, nachdem verschiedentlich Druck auf uns wegen des Büchertisches ausgeübt worden war. Wir sagten uns, man muß legale Möglichkeiten nutzen, sofern keine Nachteile entstehen.

Nun ergab es sich, daß es zu dieser Zulassung nötig ist, einen Verantwortlichen und einen Stellvertreter namentlich beim Rektor anzumelden. Darauf sagten wir zu dem Verwaltungsmenschen, ob er wisse, was das für die Betroffenen bedeute, nämlich das todsichere Berufsverbot. Antwort: „Das weiß ich schon, aber Sie werden ja sowieso immer beobachtet, sie sind ja alle bekannt!" — und weiter: „Der Verfassungsschutz hat seine Leute an der PH schon und außerdem kommt sehr oft zivile Polizei an die PH, aber von selbst, die werden nicht von uns gerufen!"

Also aus offiziellem Munde: Kommunisten werden an der Hochschule laufend vom Verfassungsschutz beobachtet, das Spitzelsystem steht.

Das wußten wir zwar schon, wurde doch schon ein Spitzel, der sehr oft an die PH kam, enttarnt — er kommt nicht mehr. Aber aus dem Munde eines hohen Verwaltungsangestellten zu hören zu bekommen, was sonst von der Bourgeoisie als „Hetze" und „wilde Übertreibung" abgetan wird, ist neu. Auf jeden Fall gehen den Studenten immer mehr die Augen auf — auch durch den Vorfall auf der Veranstaltung.

Rot Front!

Ein Genosse des KSB/ML Reutlingen

Für die Einheit Deutschlands

Neulich habe ich einem Soldaten, mit dem ich mich schon mal unterhalten hatte, und dem ich auch schon mal das Extrablatt zum § 130 gegeben hatte, den ROTEN MORGEN über die Gründung der KPD/ML in der DDR gegeben. Das war der erste ROTE MORGEN, den er bekam. Er sagte sofort, als er auf die Überschrift sah: Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML: „Die Überschrift finde ich schon mal gut. Da sieht man sofort, daß ihr an der Einheit Deutschlands festhaltet." Dadurch wurde mir noch mal besonders klar, daß wir jetzt, wo es drüben auch die Partei gibt, noch besser und anschaulicher die Parole erläutern können: „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

Suspendierung gegen zwei Mitglieder der GDCF — Genossen der Partei — zurückgenommen!

Auf einer Bundesdelegiertenkonferenz der GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCH-CHINESISCHE FREUNDSCHAFT (GDCF) Ende Januar 1976 wurde die seit Juni 1975 bestehende Suspendierung der beiden Genossen Horst Groos und H. Z. vom Bundesvorstand mit einer Selbstkritik wieder zurückgenommen. Damit sind Versuche, Kommunisten, Genossen der Partei, in der GDCF kaltzustellen und deren Ausschluß vorzubereiten,erstmal gescheitert. Die Einheit und Geschlossenheit der GDCF auf der Grundlage der deutsch-chinesischen Freundschaft wurde gestärkt. Und es ist klar geworden: Kommunisten kann man nicht von der Freundschaft mit China suspendieren!

Im ROTEN MORGEN 28/75 vom Juli 1975 berichteten wir, daß die Genossen hauptsächlich wegen Punkten wie

— der Entlarvung der chinafeindlichen Hetze der Sozialimperialisten und

— der „Mitführung" des ROTEN MORGEN auf einer China-Reise der GDCF

als „Sektierer" angegriffen und schließlich suspendiert wurden. Damit war es ihnen nicht mehr möglich, als gewählte Delegierte ihres Reutlinger Ortsvereins der GDCF auf der Bundesdelegiertenkonferenz zu sprechen, oder z.B. bei einer Vorstandswahl zu kandidieren.

Jetzt, ein dreiviertel Jahr später, wurde die Suspendierung buchstäblich weggewischt. Der Schwung und die Initiative insbesondere auch der neuen Ortsvereine, die Freundschaft mit der VR China noch mehr zu verbreitern und zu vertiefen sowie den Kampf gegen die chinafeindliche Hetze verstärkt aufzunehmen und die Bereitschaft, politische Differenzen auf der Grundlage des Programms und der Praxis in der GDCF zu klären, waren dabei entscheidend.

Der Bundesvorstand hob die Suspendierung einstimmig auf. Das für die Suspendierung verantwortliche Bundesvorstandsmitglied übte vor den 80 Delegierten aus der ganzen DBR und Westberlin Selbstkritik, daß Differenzen in der GDCF politisch und nicht durch Suspendierung zu lösen sind. Vier Wochen zuvor hatte er noch in einem Rundschreiben die Aufrechterhaltung der Suspendierung vertreten. Ob die Rücknahme der Suspendierung dabei von einigen Mitgliedern der GDCF ehrlich gemeint ist oder von der Erkenntnis kommt, daß, wenn man die Suspendierung von Horst Groos und H.Z. aufrechterhalten will, man konsequenterweise auch **die Mehrheit der GDCF suspendieren müßte,** wird die Zukunft zeigen.

Die Rücknahme der Suspendierung geschah jedoch nicht ohne einen entschiedenen Kampf der beiden Genossen selbst und des Reutlinger Ortsvereins der GDCF. Die GDCF Reutlingen protestierte immer wieder schärfstens gegen die Aufrechterhaltung der Suspendierung, die gleichzeitig auch ein Angriff auf den Reutlinger Ortsverein selbst war. Die beiden Genossen wurden auf einer Mitgliederversammlung von ihrem Ortsverein aufgefordert, ihre Mitarbeit in der GDCF nicht durch die Suspendierung einschränken zu lassen, sondern ihre Arbeit noch zu verstärken. Der Literaturvertrieb, von H.Z. geführt, setzte 1975 für 6000 DM Literatur am Ort um. Horst Groos hielt für die GDCF mehrere Vorträge, wie z.B. einen zum „Erziehungswesen in der VR China" auf Einladung der Fachschaft Erziehungswissenschaft der PH Reutlingen. Beide verfassten zusätzlich Diavorträge auf ihren persönlichen Interessengebieten („Archäologie im Neuen China" und „Die VR China im Spiegel ihrer Briefmarken") und stellten sie anderen Ortsvereinen zur Verfügung. Beide unterstützten ihren Ortsverein und den neuen Vorstand bei der weiteren Arbeit, und hatten Anteil an dem Zustandekommen von 15 gutbesuchten Veranstaltungen während einem 3/4 Jahr in Reutlingen und Umgebung sowie der Gewinnung von 35 neuen Mitgliedern im gleichen Zeitraum.

Anhand der praktischen Arbeit und der teilweise direkten Zusammenarbeit und Unterstützung sahen die Ortsvereine, daß **der Vorwurf des „Sektierertums", daß die** Suspendierung vollkommen haltlos waren.

Die Rücknahme der Suspendierung der beiden Genossen war jedoch nur ein Punkt einer ganzen Reihe von Ergebnissen, die eine Vorwärtsentwicklung bedeuten. In diesem Jahr sollen z.B. von jedem der mehr als 20 Ortsvereine in der ganzen DBR und Westberlin zwei öffentliche Veranstaltungen zu zwei bedeutenden Jahrestagen durchgeführt werden

— 55 Jahre KP China und

— 5 Jahre VR China in der UNO

Beide Themen sind hervorragend geeignet, die Freundschaft und das Verständnis für das chinesische Volk und seine Volksrepublik zu verbreitern und zu vertiefen.

Wir sind überzeugt davon, daß nach dem Scheitern der Suspendierung der beiden Genossen auch alle weiteren Versuche der Gefährdung und Sabotage scheitern werden. Jeder Versuch der Spaltung — und die Suspendierung war ein stärkerer Versuch dazu — wird unweigerlich mit einer völligen Niederlage enden. Jeder Versuch, die Einigung der Freundschaftsbewegung, die Ansätze auch zur Einigung der verschiedenen deutsch-chinesischen Freundschaftsgesellschaften in unserm Land zu behindern, wird letztlich scheitern. Die deutsch-chinesische Freundschaft wird jedoch ständig breiter und mit größerer Klarheit vorwärtsschreiten.

Norman Bethune in China

5. Folge. In Aangdjiadschuang verwandelte Genosse Bethune die Sanitätsstelle in ein „Krankenhaus für spezielle Chirurgie". Die Wohnräume der Dorfbewohner dienten als Krankenzimmer. Ein solches Krankenhaus konnte nur schwer vom Feind zerstört werden. Gleichzeitig veranstaltete Genosse Bethune einen Ausbildungskurs für medizinisches Personal.

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM)



„Wir müssen an die Front zu den Verwundeten!" Im Sinne dieser Losung von Genosse Bethune wurde im Kriegsgebiet ein ambulanter Sanitätstrupp organisiert. Dieser Trupp arbeitete Tag und Nacht, zog über unebene und steile Bergpfade und durch den Rauch der Kampfplätze.



Um sich den Besonderheiten des Partisanenkriegs anzupassen, überlegte Genosse Bethune, wie der durch Lasttiere ausgeführte Transport der Medikamente und medizinischen Geräte des Sanitätstrupps zu erleichtern sei. Da sah er eines Tages, wie ein Bauer seinen mit Mistkörben beladenen Esel vor sich her trieb. Erfreut rief er aus: „Jetzt hab' ich's!"



Als Operationstisch nahm er zwei Sattelkästen, in denen die Medikamente waren. Auf diese Weise ließ sich der „Operationsraum" leicht transportieren. Außerdem konnte er jederzeit eine Operation vornehmen. Die Genossen lobten seinen schöpferischen Geist.



Im Kanonenfeuer führte Genosse Bethune seinen ambulanten Sanitätstrupp, allen Gefahren zum Trotz, an die Front.



Als im Februar 1939 die Nachricht über heftige Kämpfe an der Front in Mittelhopeh eintraf, ging Genosse Norman Bethune dorthin. Auf der Zentralebene von Hopeh freute man sich sehr über die Ankunft von Doktor Bethune. Als im April der Kampf bei Tjihui begann, führte er im Schutze der Nacht seinen Sanitätstrupp in das Dorf Wendjiatun, 3,5 km von der Front entfernt, wo er in einem kleinen Tempel schnell einen Operationsraum einrichtete und sich auf die Behandlung der Verwundeten vorbereitete.



Feindliche Flugzeuge kreisten über dem kleinen Ort. Ohrenbetäubendes Getöse der explodierenden Granaten und der Maschinengewehre erschütterte die Luft. Aber Genosse Bethune konzentrierte sich ganz auf die Rettung der Verwundeten. Zwei Tage und Nächte lang hatte er schon ununterbrochen um ihr Leben gekämpft.



Plötzlich gab es eine Detonation. Der kleine Tempel zitterte. Eine Bombe war unweit hinter dem Tempel explodiert. Die hintere Mauer stürzte ein.



Die Genossen rieten Doktor Bethune in Deckung zu gehen. Aber er sagte: „Bei der Revolution und im Kampf gegen die Faschisten sorgt man sich nicht um die eigene Sicherheit, ... ein Kommunist darf nicht zuerst an seine persönliche Sicherheit denken."
Die Nacht kam, aber Genosse Bethune verließ nicht den Operationstisch. Der Betreuer, der das Essen schon mehrmals aufgewärmt hatte, machte sich große Sorgen.



Während der Schlacht führte Kompanieführer Hsü seine Kämpfer durch dichten Kugelregen zum Vorstoß gegen die feindlichen Stellungen. Dabei erlitt er eine schwere Bauchverletzung.



Er überwand seine Schmerzen, verharrte auf seinem Posten und leitete den Kampf bis zum Sieg des Gefechts weiter.



Die Krankenträger brachten Kompanieführer Hsü zu dem Operationsraum von Genosse Bethune, der sofort mit der Operation begann. Als er die große Verletzung sah, sagte er voller Achtung: „Wirklich ein festentschlossener und tapferer Mann! Diesem Kämpfer zu dienen, ist mir eine große Freude und Ehre!"



Der Kampf endete mit einem Sieg. Während der Rettungsaktionen in der Nähe des Kampfplatzes kam Genosse Bethune drei Tage und Nächte nicht zum Schlafen. Wegen der rechtzeitigen Behandlung konnten 85 Prozent der Verwundeten gerettet werden. Er sagte: „Die Zeit bedeutet das Leben der Klassenbrüder!"

(Wird fortgesetzt).

Albanien - ein sozialistisches Land in Europa

„Was wissen Sie über Albanien?" — Viel ist es nicht gerade, was man aus Schulbüchern und Zeitungen über die Volksrepublik Albanien erfahren kann. In den Spalten der bürgerlichen Tagespresse taucht der Name dieses kleinen Balkanstaates selten auf. Die bürgerliche Presse schreibt lieber über solche „sozialistischen" Länder, die in Wirklichkeit gar keine sind: über Polen, Ungarn oder auch die DDR. Dort herrscht der Kapitalismus, mit all den Merkmalen, die wir auch hier kennen. Natürlich empören sich gerade fortschrittliche Menschen über die Zustände dort und die Bourgeoisie hofft, indem sie diesen Ländern das Etikett „sozialistisch" aufklebt, den Werktätigen hier den Sozialismus vergraulen zu können. Mit Albanien dagegen ist das anders. Die Volksrepublik Albanien nennt sich nicht nur sozialistisch, sie ist es auch. Die Entwicklung, die das kleine Albanien mit seinen 2 Millionen Menschen, das noch vor 30 Jahren das rückständigste Land in Europa war, genommen hat, zeigt, was die Arbeiterklasse, was ein Volk vermag, wenn es selbst der Herr im Land ist.

Am 28. November 1944, als noch die letzten Schüsse des Kampfes um die Befreiung Albaniens fielen, richtete Genosse Enver Hoxha, Führer der Kommunistische Partei, Oberkommandierender der Nationalen Befreiungsarmee und Ministerpräsident der aus dem Befreiungskampf und der Volksrevolution hervorgegangenen demokratischen Regierung, eine Botschaft an das albanische Volk, in der es unter anderem hieß:

„Heute wird eine neue Seite unserer Geschichte aufgeschlagen. Es liegt an uns, diese Seite genau so ruhmreich zu gestalten, wie unseren Kampf gegen die Okkupanten (Besatzer — RM). Und das werden wir tun..."

Für das albanische Volk brach eine neue Epoche an. Es war ein Anfang unter sehr schweren Bedingungen. Die italienischen Faschisten, dann die deutschen Nazis sowie die Landesverräter hatten Not und Zerstörungen in Albanien zurückgelassen. Ganze Dörfer waren niedergebrannt. Die Landwirtschaft war verwüstet. Die ganze Wirtschaft hatte schweren Schaden davongetragen. Tausende Familien waren obdachlos und es fehlte an Brot. Dazu kam noch die unvorstellbare Rückständigkeit, in der das Land durch die volksfeindlichen Regimes belassen worden war.

Dennoch aber schlug Albanien diese neue Seite seiner Geschichte auf. Es fehlte an allem. Das wichtigste aber war vorhanden: Das Vertrauen in die eigenen Kräfte und eine sichere Führung — die Partei der Arbeiterklasse.

In seiner Grußbotschaft vor 30 Jahren hatte Genosse Enver Hoxha zum albanischen Volk auch gesagt: ***„Die Früchte Deines heroischen Kampfes sollst Du selber ernten, denn sie gehören Dir, Du hast sie um den Preis Deines Blutes erkämpft."***

Wenn man daran denkt, wie es hier in der Bundesrepublik nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus gelaufen ist, kann man verstehen, warum sich Genosse Enver Hoxha damals so nachdrücklich an das Volk wandte. In Deutschland, wie in vielen anderen Ländern, hatte ein tapferer antifaschistischer Widerstand stattgefunden. Aber die einstigen tapferen Kämpfer gegen den Faschismus wurden mit sentimentalen Worten für ihre Verdienste abgespeist. Schon nach relativ kurzer Zeit der „Entnazifizierung" und des „Wiederaufbaus" fragten sich viele: „Wofür haben wir eigentlich gekämpft?" In vielen Ländern Europas kehrten die alten Politiker zurück — denken wir nur an den KZ-Baumeister Lübke — zwar mit einem neuen „demokratischen" Etikett, aber mit denselben reaktionären Ansichten ihrer Klasse. Die wirtschaftliche Macht hatten auch in der Bundesrepublik wieder die Krupp, Thyssen und wie sie alle heißen, die auch zur Zeit des Hitlerfaschismus die Macht ausübten. Eine besondere Bedeutung gewinnen die Worte Enver Hoxhas, wenn man an die Entwicklung der damaligen Volksdemokratien denkt. In der DDR zum Beispiel wurde die alte faschistische Ordnung gestürzt, die Werktätigen gingen hoffnungsfroh an den Aufbau des Sozialismus. Aber inzwischen hat eine neue Bourgeoisie die Herrschaft der Arbeiterklasse gestürzt, die Macht an sich gerissen, die Werktätigen werden erneut auf faschistische Art und Weise unterdrückt.

Ganz anders die Entwicklung in Albanien. Das Volk erntete selbstbewußt die Früchte seines Kampfes, denn es wußte, daß sie ihm gehörten. So wie es nicht um die Erlaubnis der alten Diplomaten, Großbourgeois und Religionsführer gebeten hatte, als es die Revolution aufnahm und zum Siege führte, so schlug es auch die neue Seite der Geschichte vor rund 30 Jahren ohne sie auf. Das albanische Volk nahm sofort den Kampf für den Aufbau des Sozialismus in Angriff — ohne die Bourgeoisie und gegen sie.



Überall, wo Genosse Enver Hoxha (links) hinkommt, wird er von den Werktätigen herzlich begrüßt.

Wohin führte dieser Weg Albanien?

Die heutige albanische Wirklichkeit beweist, daß das albanische Volk sich des Vertrauens würdig zeigte, das Genosse Enver Hoxha vor 30 Jahren ausdrückte und diese 30 Jahre zu einer ruhmvollen Epoche gemacht hat.

Angesichts der von der Vergangenheit geerbten Rückständigkeit reichte es dem Albaner nicht „vorwärts zu schreiten". Er mußte vorwärts „marschieren". Und das tat er. Er marschierte vorwärts in der Politik und in der Ideologie, in der Wirtschaft und auf gesellschaftlichem Gebiet.

In jenen Tagen der großen historischen Wendung formulierte ein albanischer Dichter, ein ehemaliger Partisan jene stürmische Realität in Versen:

Auf dem Turmhaus des Beys hat
der Rat
Fahnen gehißt!

Die sozialen Kräfte und Klassen, die sich als sehr verbohrt erwiesen, da sie die absolute Macht ausgeübt hatten — Beys, Grundherren, Finanzmänner, Kaufleuge, Großhändler, Wucherer landeten auf dem Müllhaufen der Geschichte. Der Rat, von dem der Dichter sprach, war der Nationale Befreiungsrat. Er repräsentierte die Menschen, die das Gewehr stets zur Hand gehalten und damit Faschisten und Nazis getötet hatten. Der Volksrat war die politische Grundlage des neuen Staates der Diktatur des Proletariats, der Volksrepublik, die am 11. Januar 1946 proklamiert worden war. Er bedeutete, daß das Volk an der Macht war. Das Volk an der Macht vollbrachte dann auch in diesen drei Jahrzehnten wahre Wunder. Es zerschmetterte alle Komplotte der inneren und äußeren Feinde gegen das Land und verteidigte entschieden alle Errungenschaften und die Unabhängigkeit. In kürzester Zeit wurden auf revolutionärem Weg alle Überreste des Feudalismus beseitigt. Dem ausländischen Kapital wurden alle Wege verlegt. Die alten Produktionsverhältnisse wurden umgestürzt und auf allen Gebieten sozialistische Produktionsverhältnisse errichtet. Ein für allemal wurde so die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft.

Diese Siege bewirkten, daß Albanien in diesen Jahren nie Preiserhöhungen kennenlernte, sondern nur Preissenkungen. Albanien wurde das Land, in dem niemand Steuern zahlen muß, wo ärztliche Betreuung kostenlos ist, wo die Lebenserwartung der Bevölkerung von 38 auf 69 Jahre stieg. Das Volk machte, daß jedes Dorf über Telefonverbindung und jedes Haus im Dorf über elektrisches Licht verfügt. Für diese kolossalen Anlagen — man bedenke nur das schwierige Gebirgsgelände Albaniens — mußten die Bauern nichts zahlen. Wie viele andere Länder können erklären, wie Albanien, in nur 10 Jahren das Analphabetentum liquidiert zu haben, das 85 Prozent der Bevölkerung umfaßte? Heute dagegen besucht jeder dritte Albaner eine der verschiedenen Schulen oder Hochschulen. Heute wird in 10-15 Tagen die gesamte Industrieproduktion, die Energieproduktion bzw. das Bauvolumen des Jahres 1938 geleistet. Dieses Bautempo und diese Dynamik erläutert einen Teil dessen, was Jan Myrdal in seinem Buch „Die albanische Herausforderung" beschreibt.

Die andere Seite, die in Zahlen und Graphiken nicht so leicht ausgedrückt werden kann, kommt im Titel des Albanien-Buchs von Gilbert Mury zum Ausdruck: „Land des neuen Menschen". Das ist der Mensch mit Hakke, Gewehr und Buch. Genosse Enver Hoxha hatte es vor 30 Jahren gesagt: Groß und Klein müssen erkennen, daß sie „nicht mehr für die Fremden, sondern für sich selbst arbeiten und ihr Land aufbauen". Diese Erkenntnis setzte bei allen Albanern unversiegbare Energien frei und erfüllte sie mit Leidenschaft sowie mit dem berechtigten, wenn auch stillen Stolz darüber, in nur drei Jahrzehnten Albanien auf einen Stand gebracht zu haben, den die Feudalbourgeoisie nicht in einem oder zwei Jahrhunderten erreicht hätte. Dieses Albanien mit seinen etwas mehr als zwei Millionen Einwohnern ist es, das den verschiedensten Intrigen und Erpressungen standhält sowie die Imperialisten und ihre reaktionären Verbündeten aller Sorten mit Nachdruck entlarvt. Es unterstützt vorbehaltlos die große Sache der für ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Rechte kämpfenden Völker. Nicht nur die Grenzen Albaniens, sondern auch die Herzen der Albaner sind für ihre Freunde stets offen. Und Albanien hat zahlreiche Freunde in allen Ländern der Welt.



Die albanischen Kinder erwartet eine glückliche Zukunft.

Dies ist ein weiterer Aspekt der „albanischen Herausforderung".

Albanien marschiert und hält dabei mit der Zeit Schritt. Es läßt sich aber nicht von Selbstzufriedenheit berauschen. Es blickt nach vorne. Der Sozialismus ist ein hoher, nur mit großer Mühe erklimmbarer Gipfel. Er ist aber durchaus erreichbar und für den einfachen arbeitenden Menschen erlösend. Das wird durch die Wirklichkeit bestätigt. Diese Wirklichkeit zeigt, was ein kleines Volk zu leisten vermag, auch ein kleines Volk wie das albanische, wenn es von einer erfahrenen marxistisch-leninistischen Partei geführt wird, wenn es mit Entschlossenheit die Arbeit für den Aufbau der neuen Gesellschaft der neuen Welt in Angriff nimmt, die in der „Internationale" angekündigt wird, wenn es, wenn auch zahlenmäßig klein, den Mut hat, die große Sache der Revolution und des Sozialismus entschieden zu verteidigen.

Aufbaulied

Fabriken und Äcker aufbauen,
wir schaffen die Zukunft mit Gesang.
Das Volk kann nun wieder aufschauen,
die Kraft ist wie des Wasserfalles Drang.
Unsere Feinde wollten uns zerschlagen
und Albaniens Freiheit vernichten.
Sie konnten das Volk nicht verjagen,
denn Envers Partei ist mit uns!
Die Hacke in der einen Hand,
in der andern das Gewehr,
so bauen wir das eigene Land
und schaffen ein starkes Herr.
|: Wir schreiten vorwärts und voran,
die Jugend gegen den Krieg.
Die Partei führt uns immer an,
vorwärts zum Sieg! :|

Der Gesang der Kinder für den Frieden
klingt hell und klar durch das Land.
Sie werden die Heimat stets lieben,
befreit durch ihrer Eltern starke Hand.
Dem Feinde wird es nicht gelingen,
das Glück unserer Kinder zu zerstören.
Unsere stählerne Faust wird sie bezwingen,
denn Envers Partei ist mit uns!
Die Hacke in der einen Hand,
in der andern das Gewehr,
so bauen wir das eigene Land
und schaffen ein starkes Herr.
|: Wir schreiten vorwärts und voran,
die Jugend gegen den Krieg.
Die Partei führt uns immer an,
vorwärts zum Sieg! :|

Wußten Sie schon...

...daß es in der VR Albanien den letzten Fall von Masern im Jahre 1971 gegeben hat? Das ist das Ergebnis davon, daß in Albanien als einzigem Land Europas die allgemeine Schutzimpfung gegen Masern eingeführt wurde. Übrigens ist in Albanien die ärztliche Versorgung vollständig umsonst. Für Kinder bis zu einem Jahr werden vom sozialistischen Staat auch alle Medikamente kostenlos zur Verfügung gestellt.

...daß in Albanien Arbeiter bestimmter Berufe — z.B. Bergarbeiter unter Tage — bereits mit 50 Jahren Rente bekommen? Gleichzeitig bekommen sie einen zusätzlichen Jahresurlaub von 36 Tagen.

* * *

...daß Frauen, die nach Beendigung des Mutterschaftsurlaubs wieder zur Arbeit gehen, ihr Kind in eine Krippe am Betrieb bringen können und außerdem alle drei Stunden mindestens eine halbe Stunde frei bekommen, um sich um das Kind zu kümmern? Diese Zeit gilt als Arbeitszeit und wird voll bezahlt. Übrigens bekommen auch alle Frauen in Albanien, die 6 und mehr Kinder geboren haben, unabhängig davon, in welchem Beruf sie gearbeitet haben, bereits mit 50 Jahren Rente.

* * *

...daß in Albanien Preissteigerungen vollkommen unbekannt sind? Während bei uns die Preise in die Höhe schnellen, wurden in Albanien seit 1950 die Preise für Gebrauchsgüter 14 mal gesenkt. Übrigens kostet die Eintrittskarte zu einer Opern- oder Ballettvorstellung in Albanien 3 Lek — das sind rund 75 Pfennig.

* * *

...daß in Albanien seit 1967 niemand mehr Steuern oder andere Abgaben zahlen muß?

..daß am 25.10.1970 das letzte Haus in Albanien an das elektrische Stromnetz angeschlossen wurde? Die Bauern auch auf den abgelegensten Höfen brauchen für diesen Anschluß an das Stromnetz keinen Pfennig zu bezahlen. Als bei uns dagegen vor kurzem — allerdings nicht der letzte — bayrische Berghof Stromanschluß erhielt, kostete das den Bauern 60000 DM.

* * *

..daß jeder dritte Albaner zur Schule geht bzw. sich weiterbildet? Noch vor rund 30 Jahren waren 4 von 5 Albanern Analphabeten.

...daß Albanien das Land mit den niedrigsten Lohnunterschieden auf der Welt ist? So kann z.B. der Direktor eines metallverarbeitenden Betriebes höchstens 50% mehr verdienen als ein qualifizierter Arbeiter. Der Direktor eines Bergwerkes kann höchstens 20% mehr verdienen als ein qualifizierter Arbeiter, ein Minister 30-50% (Lohnsteuern gibt es nicht.)

* * *

...daß in Albanien jeder, der nicht in der Produktion beschäftigt ist, mindestens einen Monat im Jahr körperlich arbeiten muß? Das gilt von Verwaltungsangestellten über Professoren bis hin zu den höchsten Staatsfunktionären.

Grußbotschaft an Radio Tirana

Marxisten-Leninisten in der Tschechoslowakei

Mag der moderne Revisionismus noch so brutal gegen die Volksmassen in den revisionistischen Ländern vorgehen, mag er sich noch so raffiniert tarnen — eines wird ihm niemals gelingen: den Marxismus-Leninismus aus der Welt zu schaffen. In Polen kämpft die illegale Kommunistische Partei Polens gegen das revisionistische Gierek-Regime, in der DDR wurde illegal die Sektion DDR der KPD/ML gegen die sozialfaschistische Honecker-Clique und den russischen Sozialimperialismus für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland gegründet. Und nun ist bekannt geworden, daß auch in der Tschechoslowakei Marxisten-Leninisten kämpfen.

Anläßlich des 30. Jahrestages der Proklamation der Volksrepublik Albanien sandten tschechoslowakische Marxisten-Leninisten einen Brief an Radio Tirana, in dem sie begeistert dieses Jubiläum der Volksrepublik Albanien begrüßen. Mögen die modernen Revisionisten vorübergehend stark erscheinen, ihr Untergang ist gewiß: Der Marxismus-Leninismus wird über den modernen Revisionismus siegen!

In dem Brief, den die tschechoslowakischen Genossen an Radio Tirana sandten, heißt es: „Man muß die revolutionäre Entschlossenheit und die Anstrengung bei der Arbeit bewundern, mit der sich das albanische Volk an die verschiedenen Aktionen zum Aufbau gemacht hat, mit dem Ziel, auch zukünftig die sozialistische Gesellschaft zu stärken und zu entwickeln. Am 11. Januar 1946 wurde in Albanien die Volksrepublik proklamiert, es begab sich damit auf den Weg tiefgreifender sozialer Reformen, auf den Weg des Sozialismus. Es begeht dieses Jubiläum mit großartigen Erfolgen und schreitet sicher vorwärts zu neuen Siegen unter der marxistisch-leninistischen Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit dem großartigen und langerprobten Sohn des albanischen Volkes, Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

Die tschechoslowakischen Menschen begrüßen die Erfolge, die das albanische Volk erreicht beim Aufbau seines schönen sozialistischen Vaterlandes. Die tschechoslowakischen Marxisten-Leninisten, die echten Freunde des albanischen Volkes und der tschechoslowakischen Arbeiterklasse, sehen respektvoll nach Albanien, diesem Banner der Freiheit und des Sozialismus in Europa, des Kampfes gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion. Wir stimmen überein mit der Politik der Volksrepublik Albanien, im internationalen Bereich, wo die korrekte und weitsichtige Außenpolitik die Achtung und Unterstützung aller progressiven Kräfte errungen hat. Ebenso hat die albanische Gesellschaft im Innern hervorragende Erfolge beim Aufbau des Sozialismus errungen. Das liegt daran, daß die albanische Politik die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus befolgt. Die entscheidende Rolle auf diesem Weg spielt dabei die Führerin des albanischen werktätigen Volkes, die partei der Arbeit Albaniens. Diese Partei hebt das Banner des Fortschritts und des Sozialismus hoch. In ihrer Politik läßt sie sich leiten von einem hohen Klassenstandpunkt und den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Anläßlich des großartigen Jubiläums des 30. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Albanien, entbieten wir unsere glühenden kameradschaftlichen Grüße. Die tschechoslowakischen Marxisten-Leninisten, und das gesamte werktätige Volk wünschen dem albanischen Volk, der Partei der Arbeit Albaniens und dem hervorragenden Führer der internationalen kommunistischen Bewegung, dem großen Sohn Albaniens, Genossen Enver Hoxha, viel Erfolg."

Kriegsvorbereitungen beider Supermächte

Kremlzaren proben im Kaukasus den Krieg

Unter der Bezeichnung „Kaukasus" fand im transkaukasischen Gebiet der Sowjetunion vom 25. Januar bis zum 6. Februar ein Militärmanöver der russischen Sozialimperialisten statt, bei dem 25 000 Soldaten der sowjetischen Kriegsarmee eingesetzt wurden. Das Manöver, das im Rahmen der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion stand, fand keine 250 Meilen von der türkischen und iranischen Grenze statt, die zugleich die Zielrichtung der Manöverbewegung darstellte.

Die immer häufigeren Militärmanöver zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die von den russischen Sozialimperialisten mit breitem Aufwand durchgeführt werden, zeigen deutlich, daß hinter den Tausenden Friedensversicherungen und Entspannungsbeteuerungen der russischen Sozialimperialisten die Kriegsvorbereitungen immer mehr vorangetrieben werden. Auch das jüngste Manöver im Grenzgebiet zur Türkei und zum Iran entlarvt deutlich das „Friedenstheater". Oder soll man vielleicht allen Ernstes glauben, daß der Sowjetunion von der Türkei oder dem Iran her ein Blitzkrieg droht? Was hier geprobt worden ist, ist der militärische Vormarsch, um die Expansionsabsichten der russischen Sozialimperialisten in die Tat umzusetzen.

Gewiß, die russischen Sozialimperialisten hielten sich bei diesem Manöver an die Regeln, die im Rahmen der KSZE vereinbart wurden. Dort ist als „Entspannungsmaßnahme" festgelegt worden, daß Militärbeobachter der NATO und des Warschauer Paktes gegenseitig zu den Manövern entsandt werden. Wenn jedoch die Kremlzaren nun zu ihrem Kaukasus-Manöver Militärbeobachter aus der Türkei und Griechenland geladen haben, so zeigt das nicht etwa den „Entspannungswillen" des Sozialimperialismus, sondern vielmehr die Verlogenheit dieser ganzen „Entspannungsmaßnahmen". Oder ist es etwa nicht geradezu zynisch, wenn die russischen Sozialimperialisten türkische Militärbeobachter einladen, damit sie verfolgen können, wie hier in Richtung ihres Landes der Vormarsch geprobt wird? Das soll nun eine der grundlegenden Maßnahmen zur „Sicherung des Friedens" sein?

Während so die sowjetischen Sozialimperialisten offen ihre militärische Stärke, ihre Aufrüstung demonstrieren, verlautet gleichzeitig, daß auch die US-Imperialisten im Rahmen ihres aggressiven NATO-Blocks große Militärmanöver vorbereiten. Das gab der Oberkommandierende der NATO, General Haigh, selbst dieser Tage bekannt. Er hob hervor, daß vom 24. Februar bis zum 23. März 17 000 Mann starke Truppen der Boden-,Luft- und Seestreitkräfte der USA, Kanadas, Hollands, Britanniens, der Deutschen Bundesrepublik, Norwegens und Italiens in Nordnorwegen Militärmanöver durchführen werden. Nicht zufällig konzentrieren sich sowohl die Manöver der russischen Sozialimperialisten wie auch der US-Imperialisten mit ihren Kriegsblocks auf die Nord- und Südflanke Europas, denn beide Flanken sind für die militärische Einkreisung Westeuropas, für die Verbindung der Seewege von außerordentlicher Bedeutung.

Die Tatsachen zeigen, daß nicht etwa Entspannung zwischen den beiden Supermächten herrscht, sondern daß sie ihre Vorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Krieg verstärken, in dem beide Supermächte eine Neuaufteilung der imperialistischen Weltherrschaft unter sich anstreben.

Seit die einst sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins unter der Revisionistenclique Chruschschows und Breschnews in einen sozialimperialistischen Staat verwandelt worden ist, hat der Appetit der russischen Großbourgeoisie nach Expansion, nach Höchstprofiten und Macht ständig zugenommen. Heute ist die Sowjetunion eine sozialimperialistische Supermacht, die nach Weltherrschaft ringt, die gewaltsam darauf drängt, den US-Imperialismus von seinem Thron der Weltmacht Nr. 1 zu stoßen, um selbst diesen Platz einzunehmen. Ob in Europa, Asien, Afrika, Lateinamerika, überall versuchen sie, sei es durch wirtschaftliches Eindringen, durch politischen Druck oder auch mit direkten militärischen Aktionen, — wie gegenwärtig in Angola — ihren Einfluß auszuweiten, die Völker der Welt sich zu unterjochen. Doch überall stoßen sie zugleich auf Widerstand des US-Imperialismus, der, wie jeder Imperialismus, nicht bereit ist, freiwillig seine Vorherrschaft zugunsten der Kremlzaren aufzugeben.

Daß dabei der Schwerpunkt dieser Rivalität in Europa liegt, hat seinen Grund darin, daß Europa ein Gebiet höchst entwickelter Industrie ist, ein Braten, den sich keiner von beiden entgehen lassen will.

Um die Vorherrschaft in Europa wie in der ganzen Welt dem US-Imperialismus abzunehmen, rüsten die russischen Sozialimperialisten wie wild ihre Kriegsmaschinerie auf, haben sie ihr Kriegsbudget auf über 100 Milliarden Dollar erhöht, folgt ein Kriegsmanöver dem anderen, wird das ganze öffentliche Leben in der Sowjetunion der Militarisierung unterworfen. Und die US-Imperialisten tun das ihre, um ihre Vorherrschaft zu sichern, ihren NATO-Kriegsblock in Europa auf Vordermann zu bringen, die Aufrüstung und Militarisierung voranzutreiben.

Daß dies alles vor allem von den russischen Sozialimperialisten unter dem Deckmantel von "Friedensinitiativen", von „Entspannung" und „freundschaftlichen Beziehungen" betrieben wird, ist dabei nicht einmal originell, sondern wurde bereits vom Hitlerfaschismus vorexerziert. Hitler selbst bekannte sich im November 1938 ganz offen in München: „ Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzentelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Beteuerung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk... die Rüstung zu geben, die immer für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war." Und eben nichts anderes ist heute die Politik des russischen Sozialimperialismus.

Für die Völker der Welt gibt es bei dieser Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft keine gerechte Seite. Weder daß die US-Imperialisten die „Freiheit" verteidigen, noch daß die russischen Sozialimperialisten den „Sozialismus" verteidigen. Die eine wie die andere Supermacht verfolgt lediglich das eine Ziel: Weltherrschaft. Die Völker aber sollen dafür Kanonenfutter spielen, was für Deutschland nichts anderes hieße als Bruderkrieg des Volkes: Die westdeutsche Arbeiterklasse soll unter der Führung des NATO-Kriegsblocks der US-Imperialisten,und die ostdeutsche Arbeiterklasse unter Führung des Warschauer Kriegspaktes der Kremlzaren für die Interessen der jeweiligen Supermacht in den Krieg ziehen.

Dies zu verhindern, heißt,sich mit allen Völkern der Welt gegen die beiden Supermächte zusammenzuschliessen, heißt, in einer Front mit ihnen in Westdeutschland wie in der DDR gegen die beiden Supermächte aufzunehmen, mit dem Ziel, alle Besatzertruppen aus ganz Deutschland zu vertreiben. Dies kann weder gemeinsam mit der Honecker-Clique noch gemeinsam mit den westdeutschen Imperialisten geschehen. Denn wie die Honecker-Clique ein Vasallenregime der Kremlzaren gegen die Werktätigen in der DDR ist, so ist es der westdeutsche Imperialismus, der seine eigenen imperialistischen Ziele an der Seite des US-Imperialismus verfolgt. Die einen wie die anderen sind Feinde des deutschen Volkes und nur im Kampf gegen sie ist es möglich, auch im Kampf gegen die beiden Supermächte, im Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg,Siege zu erringen.

Unfreiwilliges Geständnis des Polizeichefs im Kreml

In den letzten Jahren haben die sowjetischen Revisionisten ihre Diktatur verstärkt, um den wachsenden Widerstand des sowjetischen Volkes zu unterdrücken. Diese Tatsache wird in einem Artikel von „Renmin Ribao" entlarvt, aus dem hier ein Auszug abgedruckt wird:

In den letzten Jahren wurden die Größen der sowjetischen Revisionisten nicht müde, ihren „entwickelten Sozialismus" anzupreisen, sie beschrieben ihn, als sei er wundervoll wie ein Feenpalast, wo es weder „Konflikte" noch „Antagonismen" gebe, wo alle Klassen und Nationalitäten im politischen und ideologischen Bereich vollkommen übereinstimmen.

Der sowjetische Innenminister N. A. Schkolokow, der über besondere Verantwortlichkeiten verfügt, ist nicht weniger spezialisiert auf Großsprecherei als seine Kollegen. In einem kürzlich erschienenen Artikel läßt er sich lang und breit aus über Gesetz und Ordnung im „entwickelten Sozialismus" und über die institutionelle Erweiterung seines Ministeriums. Um diese Erweiterung zu illustrieren, bringt er unter anderem ein Beispiel: Sein Ministerium verfügt jetzt über 11 übergeordnete Anstalten zur Ausbildung von Polizisten und Spezialagenten von hohem Niveau, während es „bis vor einigen Jahren" „noch keinen einzigen davon" gab.

Betrachten wir einen Augenblick das Beispiel, dessen sich der Minister rühmt. Er zählt eine Reihe von Dekreten und Verordnungen auf, die in den letzten Jahren von den sowjetischen Revisionisten erlassen wurden. Gestützt auf diese Dekrete und Verordnungen, wuchs die Zahl der Mitarbeiter in Ämtern des sowjetischen Innenministeriums drastisch. Die Zahl der allgegenwärtigen Geheimpolizisten hat sich auf 700000 Mann erhöht. Man rechnet heute in den Betrieben, Bauernhöfen, den Verwaltungen und Schulen mit einer großen Zahl von „Gruppen und Posten der Volkswachsamkeit", mit insgesamt 9 Millionen Menschen, die der Miliz angeschlossen sind. Weiter gibt es mehrere tausend Geheimagenten und Spitzel, die mit dem KGB verknüpft sind, obgleich sie nicht der Kontrolle des Ministers unterstehen. Doch was ihn so besonders stolz macht, ist, daß unter seiner Führung „viele achtenswerte Experten" arbeiten. Was die „Wissenschaftler" betrifft, so gibt es 600, darunter 50 „Doktoren der Wissenschaften und Professoren". Die Zahl der Unterdrückungsspezialisten im inneren Bereich ist wirklich beeindruckend. Allerdings stellt sich eine Frage: Gegen wen richtet sich letztlich eine so große Zahl gutausgebildeter und gutausgerüsteter Polizisten und Geheimagenten in einem Land ohne ,,Konflikte" und „Antagonismen"?

Es scheint, daß diese Frage sehr peinlich ist für den Herrn Minister, der einerseits die Bedeutung seines Apparates und seiner Person ins rechte Licht rücken will, aber andererseits nicht wagt, die Opfer bekanntzugeben. Alles, was er darüber sagen kann, sind Ausflüchte, indem er die „Verteidigung der sozialistischen Gesetze und der Ordnung" beschwört, die „Ausrottung des Verbrechens" die „entschlossene Liquidierung" des Diebstahls, der Trunksucht und des Rowdytums. Aber das täuscht niemanden. Wenn es wirklich nur um die Bekämpfung von Dieben, Herumtreibern und Betrunkenen ginge, wäre es dann wirklich notwendig, so viele Polizisten, Geheimagenten, Spitzel und sogar „Doktoren" und „Professoren" zu mobilisieren?

Um offen zu sprechen: Wenn sie ihren ganzen Apparat der Diktatur verstärken, dann beabsichtigen die sowjetischen Revisionisten damit nicht in erster Linie, Diebe festzusetzen, sondern Front zu machen gegen die Völker der verschiedenen Nationalitäten. Was ist denn eine „kriminelle Tat"? Heute gilt in der Sowjetunion jeder Ausdruck von Mißfallen oder Opposition gegenüber der revisionistischen Herrschaft als „krimineller Akt". Das ist es auch, was der Herr Minister „entschlossen zu liquidieren" gedenkt.

In der Sowjetunion von heute herrscht der Revisionismus, und die Bourgeoisie übt ihre Diktatur aus. Die Revolte des Volkes gilt als unrechtmäßig, und die Revolution der Massen als ein Verbrechen. Die Gefängnisse sind voll mit Unschuldigen, die Verbrecher dagegen machen Karriere. Im ganzen Land gibt es Zwangsarbeitslager, Gefängnisse und „psychiatrische Anstalten", wo, wie man nach verschiedenen Aussagen weiß, mehrere Millionen „Kriminelle" eingesperrt sind. Die sogenannten „sozialistischen Gesetze und die sozialistische Ordnung", die der Polizeichef der sowjetischen Revisionisten angeblich mit seinem hysterischen Geschrei verteidigt, sind in Wirklichkeit die „Ordnung" der Revisionisten, und das heißt: der weiße Terror des Faschismus. Das „Verbrechen, das er auszurotten schwört, ist in Wirklichkeit der Widerstandskampf, den die sowjetischen Arbeiter in verschiedenen Formen führen.

Vorsitzender Mao lehrt: ***„In der Sowjetunion herrscht heute die Diktatur der Bourgeoisie, die der Großbourgeoisie, eine Diktatur nach der Art des deutschen Faschismus, eine Diktatur nach der Art Hitlers."*** Das Geschrei, das Breschnew und Konsorten und seine „Gelehrten" veranstalten, hat nur zum Ziel, die Tatsachen zu vertuschen, die unbestreitbar sind und nicht angezweifelt werden können, und die ihr Innenminister, ohne daß ihn jemand darum gebeten hat, selbst eingestanden hat.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Nieder mit den zionistischen Lügen

Wofür kämpft das palästinensische Volk?

Als im vergangenen Jahr die UNO-Vollversammlung den Zionismus, die offizielle Weltanschauung des Staates Israel als eine besondere Form des Rassismus verurteilte, entfachten die Imperialisten, allen voran der USA-Imperialismus,eine wilde, wütende Hetze. „Die Araber wollen die Juden ausrotten und ins Meer treiben" — darauf läuft letzten Endes auch die Propaganda der bürgerlichen Presse in unserem Land, mit Springers Hetzblättern an der Spitze,hinaus.

Wofür kämpfen die Palästinenser aber in Wirklichkeit? Genosse Hamad A. El-Aydi, Botschafter der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO in der Volksrepublik China erklärte in einem Interview mit dem ROTEN MORGEN (abgedruckt im ROTEN MORGEN 38/75): „Es ist niemals unser Ziel, das jüdische Volk zu vernichten. Wir wollen einen demokratischen Staat, in dem Juden, Christen, Moslems friedlich miteinander leben können." In der Geschichte ist Palästina dafür bekannt gewesen, daß dort die Angehörigen der verschiedenen Religionen, die aber alle Araber waren, in Eintracht zusammenlebten.

Dies änderte sich, als gegen Ende des 19. Jahrhunderts die zionistische Bewegung, die in den europäischen Ländern und den USA entstanden war, Palästina für die Juden beanspruchte und mit allen Mitteln darauf hinarbeitete, europäische Juden in das Land zu verpflanzen. **Von Anfang an war der Zionismus eine reaktionäre Ideologie der Imperialisten, waren die Führer der zionistischen Bewegung Werkzeuge in den Händen der imperialistischen Mächte, zuerst Deutschlands, dann Britanniens und schließlich heute vor allem der USA.** Von Anfang an war es das Ziel der jeweiligen imperialistischen Mächte, mit Hilfe des Zionismus und der Errichtung eines zionistischen Staates, Palästina an sich zu reißen, um es als Brückenkopf zur Eroberung ganz Arabiens zu benutzen. Dementsprechend forderte der zionistische Führer Herzl ganz offen „das Palästina Davids und Salomons", ein Palästina vom Nil bis zum Euphrat. **Für dieses Ziel, für die Interessen der Imperialisten, die hinter ihnen stehen, führten die israelischen Zionisten mehrmals Aggressionskriege gegen die arabischen Völker. In den Aggressionskriegen von 1948, 1956, 1967 dehnten sie ihr ursprüngliches Territorium auf ein mehrfaches aus, drangen bis zum Suezkanal vor und besetzten das Westufer des Jordans. Erst 1970, als sie ihren fünften Aggressionskrieg anzetteln wollten, zerbrach der Mythos ihrer Unbesiegbarkeit unter den Schlägen der arabischen Armee.**

Unter dem Schutz der britischen Imperialisten kamen von 1918, als in Palästina 56000 Juden lebten, was einem Bevölkerungsanteil von 8% entsprach,bis 1948 über 500000 Juden ins Land und stellten damit über 30% der gesamten palästinensischen Bevölkerung. Diese Menschen kamen allerdings nicht als Freunde, als Menschen, die in ihren Heimatländern verfolgt wurden und nun eine neue Heimat suchten, sondern als Eroberer, deren erklärtes Ziel es war, die arabische Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat zu vertreiben, sich in den Besitz des Grund und Bodens, der Dörfer und Städte zu setzen, als „überlegene Rasse" über die „arabischen Untermenschen" zu herrschen. Der Ausspruch Golda Meirs, die noch bis vor kurzem israelische Ministerpräsidentin war, sie sei voller „Beunruhigung über die palästinensischen Kinder, die täglich neu geboren werden" besagt schon alles über den offenen Rassismus der Zionisten. Die Zionisten waren von Anfang an gut organisiert. Unter dem Schutz der britischen Imperialisten bildeten sie sogar eigene Streitkräfte und bewaffnete Terrorgruppen.

Als 1948 auf Betreiben vor allem der USA-Imperialisten der Staat Israel gebildet wurde, waren die Zionisten bestens darauf vorbereitet, mit Mord, Terror und offener Aggression über die Palästinenser und die angrenzenden arabischen Staaten herzufallen. **Am 9. April 1948 überfielen bewaffnete zionistische Banden das arabische Dorf Deir Yasin und mordeten 300 Männer, Frauen und Kinder. Das war der Auftakt zu einem zionistischen gewaltsamen Feldzug gegen die Dörfer der arabischen Bevölkerung, in dessen Verlauf innerhalb von 6 Monaten 400 000 Araber mit militärischer Gewalt aus ihren Dörfern und von ihrem Grund und Boden vertrieben wurden.** Insgesamt vertrieben die Zionisten eine Million Araber, raubten ihnen 524 arabische Dörfer und Städte und zerstörten davon 385 vollständig. Heute heißt es, Palästina sei eine Wüste gewesen, die von den zionistischen Siedlern urbar gemacht wurde und die vielgerühmten „Kibbuzim" seien eine Pioniertat. **In Wirklichkeit aber wurden sie auf den Ruinen der arabischen Dörfer, der Felder und Gärten der Palästinenser erbaut.** Palästina war weder unbewohnt noch eine Wüste, es ist eine Wiege der ältesten Kulturen und Zivilisationen der Welt. „Das arabische Volk Palästinas", sagte Yassir Arafat vor der UNO, „sorgte für die Verbreitung von Grünflächen, dem Bauwesen, von Kultur und Zivilisation jahrtausendelang in seinem Umfeld." Die vertriebenen Palästinenser sind noch heute gezwungen, in der Verbannung, in fremden Ländern in Zelten zu leben und diejenigen, die geblieben sind, sind von den israelischen Zionisten unter Ausnahmerecht gestellt. Ohne Erlaubnis der Militärbehörden ist es ihnen nicht einmal erlaubt, von einem Ort in den anderen zu reisen.

Jeder kann also selbst sehen, wer in Wirklichkeit die Terroristen sind, diejenigen, die ein ganzes Volk aus seiner Heimat vertreiben. Die Palästinenser kämpfen nicht für die Ausrottung und Vernichtung der Juden, wohl aber für die Vernichtung des israelischen zionistischen Unrechtsstaates, mit dessen Existenz sie sich niemals abfinden werden und dessen Vernichtung die Voraussetzung auch dafür ist, daß in Palästina, Mohammedaner, Juden und Christen in einem demokratischen Staat in Eintracht leben können.

Um dieses Ziel zu erkämpfen, hat sich das palästinensische Volk vor über zehn Jahren im bewaffneten Kampf erhoben. Die Führerin dieses Kampfes ist die Palästinensische Befreiungsorganisation, die PLO, die gemeinsame Front aller Kräfte der palästinensischen Revolution und die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Der bewaffnete Kampf, den das palästinensische Volk unter der Führung der PLO führt, ist ein gerechter Krieg, der sich mit dem Kampf aller arabischen Völker und Nationen gegen den Zionismus, gegen den Imperialismus und das Vorherrschaftsstreben der beiden Supermächte verbindet. Die israelischen Zionisten werden niemals ihren Charakter ändern und wenn das palästinensische Volk wieder in seine Heimat zurückkehren will, die Spaltung seiner Nation aufheben will, imperialistische Unterjochung und imperialistischen Druck beseitigen will, eine wirklich demokratische Gesellschaft erbauen, dann muß es den Zionismus mit Gewalt niederschlagen.

Die israelischen Zionisten sind die Speerspitze des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten. In all den Jahren seit 1948 handelten sie immer auf Befehl ihrer Oberherren in Washington, von denen sie vollständig abhängig sind. Die amerikanischen Imperialisten lieferten den israelischen Zionisten die modernsten Waffen, so daß Israel heute eine der modernsten Armeen der Welt unterhält. Sie lieferten ihnen Dollars, Kredite, Wirtschaftshilfe, Industrieanlagen usw. usf. Auf politischem Gebiet verschafften sie Israel einen Sitz in der UNO, die Anerkennung durch viele andere Staaten und durch eine großangelegte Propaganda in all den Jahren versuchten sie nicht zuletzt das amerikanische Volk und die anderen Völker über den wirklichen volksfeindlichen Charakter des israelischen Staates hinwegzutäuschen. Für die amerikanischen Imperialisten ist Israel das Einfallstor für die Eroberung der ganzen arabischen Welt, ein Werkzeug, um den nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker zu unterdrücken.

Es ist bezeichnend, daß von Anfang an auch die westdeutschen Imperialisten den israelischen Zionisten offene und versteckte Hilfe unter dem Deckmantel der „Wiedergutmachung gaben. Von 1952 bis 1966 flossen 3,45 Mrd. DM von Westdeutschland nach Israel, nicht gerechnet die „private" Hilfe und den Kapitalexport. Und seit 1966 werden in regelmäßigem Abstand in Verhandlungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und den israelischen Zionisten neue Zahlungen und Kredite vereinbart, um dem zionistischen Regime neue Lebenssäfte einzuflössen. Damit nicht genug, schlossen im Jahre 1960 der damalige Bundeskanzler Adenauer und der israelische Premier Ben Gurion ein Geheimabkommen über die Lieferung von amerikanischen Panzern, die von der Bundesrepublik bezahlt wurden. **So haben die westdeutschen Imperialisten unter dem Vorwand, die Verbrechen Hitlers wiedergutzumachen, in Wirklichkeit ihren alten Verbrechen ein neues hinzugefügt, die Unterstützung der Vertreibung und Unterjochung des palästinensischen Volkes, der Aggressionskriege gegen die arabischen Völker.** Kein Zufall, daß die westdeutschen Imperialisten 1972 auch die „Generalunion der palästinensischen Arbeiter und Studenten" in der Bundesrepublik verboten hat. Es ist unsere internationalistische Pflicht, den Kampf des palästinensischen Volkes für seine Befreiung zu unterstützen.

Aber das palästinensische Volk sieht sich heute nicht nur dem amerikanischen Imperialismus gegenüber, sondern auch dem russischen Sozialimperialismus, der versucht, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes auszunutzen, um selbst seine Hand auf dieses Gebiet legen zu können. Die russischen Sozialimperialisten, die vorgeben, die arabischen Völker zu unterstützen, unterstützen in Wirklichkeit sogar die israelischen Zionisten. **Sie haben das Existenzrecht des israelischen Staates ausdrücklich anerkannt und jedes Jahr werden von ihnen Zehntausende von Juden aus der Sowjetunion nach Israel geschickt, Spezialisten, Techniker, Soldaten, Menschen, die ihre Siedlungen auf denen der vertriebenen Palästinenser aufbauen. Gleichzeitig intensivieren die russischen Sozialimperialisten ihre geheimen Kontakte zur israelischen Regierung, trafen sich Gromyko und der israelische Außenminister Allon z. B. zu einem über dreistündigen Gespräch hinter den Kulissen der UNO-Vollversammlung.** Mehr noch, die russischen Sozialimperialisten versuchen in die Reihen der PLO einzudringen, um sie unter ihre Kontrolle zu bringen, sie versuchen, durch Waffenlieferungen, Kredite, Erpressungen und Drohungen sich arabische Staaten gefügig zu machen, um den Nahen Osten unter ihre Kontrolle zu bringen, so, wie sie es mit Ägypten versucht haben, wo ihre Untaten ans Tageslicht gekommen sind.

Beide Supermächte haben ihre Pläne im Nahen Osten, sie propagieren verschiedene politische Lösungen, aber nur zu dem Zweck, um sich selbst als Schiedsrichter in diesem Raum der Welt anzubieten. Dies ist gleichzeitig Bestandteil des Ringens der beiden Supermächte gegeneinander im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt. Deshalb, wenn das palästinensische Volk gegen die israelischen Zionisten kämpft, muß es seinen Kampf gleichzeitig gegen den Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus,richten. Sich im Kampf gegen den einen auf den anderen zu stützen, würde nur heißen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Wachsamkeit ist um so mehr vonnöten, als heute der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes einen großen Aufschwung genommen hat.

Die israelischen Zionisten sind nirgendwo mehr sicher vor den Angriffen der palästinensischen Befreiungskämpfer. Seit Anfang des Jahres hat sich außerdem die Massenbewegung vor allem in den von den israelischen Zionisten seit dem Juni-Krieg 1967 besetzten Gebieten, in Jerusalem, Bethlehem und Nablus, immer mehr verstärkt und jeden Tag finden dort Demonstrationen, Streiks, Aktionen von Jugendlichen und Schülern statt. Und obwohl die Zionisten ihre Armee, die Polizei, Tränengas, Gummiknüppel und brutale Gewalt einsetzen, gelingt es ihnen nicht, den Kampf zu unterdrücken.

Das palästinensische Volk ist entschlossen, gestützt auf seine eigenen Käfte und mit der Unterstützung der arabischen Brudervölker, den Kampf für seine Befreiung bis zum Sieg, bis zur Vernichtung des israelischen Staates zu verstärken, um ein unabhängiges, einiges, demokratisches Palästina zu errichten. Unterstützen wir den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes!

SPENDEN FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
VORSTAND DER KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Dschibuti: Französische Truppen gegen das Volk



Dschibuti, eine der letzten französischen Kolonien in Afrika, hat in der letzten Zeit das Interesse der Weltöffentlichkeit auf sich gezogen. Die französischen Imperialisten, die das Land seit über 100 Jahren unterjochen, nahmen die Entführung von 21 Kindern zum Vorwand, um den anschwellenden Befreiungskampf des Volkes der Afar und Issa durch die Entsendung von 800 weiteren Kolonialsoldaten zu unterdrücken und bei einem Überfall auf ein Dorf im benachbarten Somalia 21 Menschen zu töten. L' Humanite rouge, die Zeitung der französischen Marxisten-Leninisten schreibt aus diesem Anlaß: „Man darf... nie vergessen, daß in Dschibuti seit mehr als 100 Jahren eine kolonialistische Macht, Frankreich, mit Waffengewalt regiert und dabei die gleichen faschistischen Methoden anwendet wie in Vietnam, in Algerien und anderswo. Heute muß man sich an die Menschen der Afar und Issa erinnern, die von der Fremdenlegion massakriert wurden. Viele Demonstrationen wurden in den letzten Jahren mit Kugeln beantwortet und viele Kinder, wenn man schon von Kindern spricht, wurden ermordet. (...) Deshalb gilt es, den vollständigen Abzug der Kolonialtruppen aus Dschibuti zu fordern."

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Kein Urlaub in Spanien!

Spanien wird als schönes und billiges Urlaubsland gepriesen. Und Spanien ist auch schön. Es hat nicht nur eine reizvolle Landschaft, sondern auch eine alte Kultur, die heute noch in den Liedern und Tänzen der Völker Spaniens lebendig ist. Warum aber ist Spanien ein so billiges Urlaubsland? Diese Frage drängt sich geradezu auf, wenn man in den Angeboten von Neckermann, aber auch der gewerkschaftlichen „gut"-Reisen oder kirchlicher Reiseunternehmen etwa „2 Wochen Sonnenstrand" für einen Preis geboten bekommt, für den man selbst hier in Deutschland nicht Urlaub machen kann.

Das liegt daran, daß Spanien geradezu ein El Dorado vor allem für amerikanische und westdeutsche Touristik-Unternehmen ist. Sie finden in Spanien billiges Bauland, Vergünstigungen durch das faschistische Regime und vor allem Arbeitskräfte, denen sie nur einen Hungerlohn zu zahlen brauchen. Jeder, der die riesigen Hotelkästen etwa von Neckermann schon einmal auf einem Photo gesehen hat, kann sich vorstellen, welchen Reibach die Touristik-Unternehmen dort machen. Dieses Touristik-Geschäft nützt nicht nur den ausländischen Kapitalisten. Es bedeutet auch eine kräftige Unterstützung für eine Handvoll einheimischer Reaktionäre, die mit ihrem faschistischen Regime die spanischen Völker aufs brutalste ausbeuten und unterdrücken.

Natürlich steht in den Reiseprospekten nichts davon, daß Spanien nicht nur schöne Strände hat, sondern auch berüchtigte Gefängnisse, in denen Tag für Tag aufs neue revolutionäre Kämpfer gegen den Faschismus eingesperrt und oft grausam gefoltert werden. Gerade vor kurzem wurde gemeldet, daß der Militärstaatsanwalt in einem Prozeß gegen eine Gruppe von Patrioten und Kämpfern der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) Gefängnisstrafen zwischen 15 und 11 Jahren beantragt hat.

Durchschnittlich alle vier Stunden wird in Spanien jemand angeklagt, weil er entweder gestreikt oder demonstriert hat oder weil er Mitglied der FRAP oder anderer revolutionärer Organisationen ist. Es ist gerade ein halbes Jahr her, daß das Franco-Regime 5 Revolutionäre trotz des ungeheuren, weltweiten Protestes hinrichten ließ. Franco ist inzwischen tot. Aber das Regime hat sich nicht geändert, wie die hohen Gefängnisstrafen, die gegen die Genossen der KPSp/ML und der FRAP gefordert wurden, deutlich beweisen.

Sicher überlegen sich die wenigsten, die billigen Urlaub in Spanien machen möchten, daß sie damit das faschistische Regime dort und seine Handlanger finanziell stärken und darüber hinaus das Regime vor dem Volk jede Urlaubsreise nach Spanien als Anerkennung für das faschistische Spanien hinstellt. Vielleicht meinen einige sogar, eine Urlaubsfahrt nach Spanien könne ihre Solidarität mit dem Kampf der spanischen Völker gegen den Faschismus zum Ausdruck bringen. Angesichts der Verhältnisse in Spanien aber gilt es vielmehr, die Feinde der spanischen Völker zu boykottieren, und den Kampf der spanischen Werktätigen hier zu unterstützen.





Auch das gewerkschaftseigene Reiseunternehmen ‚gut' verdient am Spanien-Tourismus.

In einem Aufruf der FRAP heißt es dazu: „Für das spanische Volk, von dem 3 Millionen Arbeiter gezwungen sind, auszuwandern, um überleben zu können, bedeutet der Tourismus vor allem Ausbeutung und Leiden...Für die Völker Spaniens, für die Arbeiterklasse, für die Antifaschisten und Patrioten, die für die nationale Unabhängigkeit und den Sturz des Faschismus kämpfen, stellt der Tourismus eine Stütze der monarcho-faschistischen Oligarchie dar, die es jener gestattet, sich an der Macht zu halten — daher ist es notwendig, einen umfassenden und mutigen Boykott gegen ihn zu organisieren. Das ständige Komitee der FRAP, das sich der Notwendigkeit bewußt ist, den Kampf gegen die gegenwärtige Regierung, die den Francismus fortsetzt, mit allen Mitteln und an allen Fronten zu verstärken, ruft deshalb alle Antifaschisten und Demokraten der Völker Europas und der ganzen Welt, alle antifaschistischen Organisationen auf, die Kampagne für den Boykott des Tourismus zu unterstützen und auszuweiten.

Bundestag:
Wenn die Statisten fehlen...

Ganze 19 Abgeordnete füllten an einem Freitag, Anfang Februar, die Bänke des Bundestages. Die anderen hatten sich — wie üblich — am Morgen in die Anwesenheitsliste eingetragen, um sich so das Sitzungsgeld für diesen Tag zu sichern, und waren nach Hause gefahren. Sicherlich nichts Außergewöhnliches im Bundestag. Da es aber in der letzten Zeit häufiger vorgekommen war, daß bei wichtigen Debatten (Fernsehübertragungen!) im Bundestag gähnende Leere herrschte, wurde diesmal auf den Putz gehauen. Annemarie Renger: es müsse klar sein, daß ein „leeres Plenum zu einer antiparlamentarischen Haltung beiträgt."



„Pssst! Kollege! Wir haben es wieder mal geschafft! Es ist Freitag — ab in's Wochenende!"

Das ist allerdings wahr. Denn ein leeres Plenum kann schließlich von der Natur der Sache her nicht die schwerwiegenden Entscheidungen fällen, die dem Bundestag zugeschrieben werden. Verabschiedet werden die Gesetze aber trotzdem. Also müssen sie — logischerweise — von jemand anderem als den „Volksvertretern" und an anderem Ort als dem Bundestag ausgedacht und beschlußfertig gemacht werden. Wenn die Gesetze außerhalb des Bundestags gemacht werden und die Abgeordneten in mehr oder weniger großer Zahl lediglich auf den Ruf der Abstimmungsglocke hin auf ihre Plätze eilen — was ist der Bundestag dann anderes als eine Kulisse?

Tatsächlich hat der Bundestag eben nur eine wirkliche Funktion: der Bourgeoisie als demokratisches Aushängeschild zu dienen, um zu vertuschen, daß die wirklichen Entscheidungen nicht dort, sondern in den Direktionsetagen der Konzerne und Banken gefällt werden. Dem trägt übrigens auch die Geschäftsordnung des Bundestags Rechnung. Zwar ist nach §49 dieser Geschäftsordnung der Bundestag nur beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Sind es aber weniger, bleibt der Bundestag trotzdem beschlußfähig. Denn beschlußunfähig wird er erst dann, wenn ein Antrag gestellt wird, die Beschlußunfähigkeit des Bundestags festzustellen. Mit einer Ausnahme: sind weniger als ein Abgeordneter und der Präsident des Bundestags anwesend, tritt die Beschlußunfähigkeit auch ohne Antrag ein.

Um diesen demokratischen Anstrich wieder etwas aufzufrischen, schlug Annemarie Renger deshalb vor, man solle freitags die Anwesenheitslisten erst am Ende der Sitzung auslegen und jeder, der dann darin fehle, solle eine Strafe zahlen. Aber den Herren Abgeordneten saß das Hemd näher als der Rock. Sie lehnten ab. So wird den Herren in Bonn wohl nichts anderes übrig bleiben, als beschleunigt einen Plan zu verwirklichen, den sie schon lange hegen: den Bau eines „kleinen Plenarsaales", um den Fernsehkameras auch bei geringerer Besetzung volle Bänke zu bieten.

Gangstermethoden der Polizei

Wer nachts auf offener Straße von jemandem aufgefordert wird, stehenzubleiben, sich durchsuchen zu lassen oder gar die Hände hochzunehmen, der tut am Besten, was ihm befohlen wird — es könnte ihn sonst teuer zu stehen kommen. Und wer meint, er sei einem Räuber in die Hände gefallen, hat doppelten Grund, vorsichtig zu sein. Es könnte sich nämlich bei dem vermeintlichen Räuber um einen Polizisten in Zivil handeln. In einem solchen Fall jedoch ist eine Flucht oder gar ein sich zur Wehr setzen, mit Lebensgefahr oder der Gefahr schwerster Mißhandlungen verbunden.

In Detmold z. B. wurde ein 50jähriger Mechaniker nachts von einem Polizisten mißhandelt und leidet seitdem an einer schweren Phobie, d.h. an krankhaften Angstzuständen und Verfolgungsangst. Folgendes war geschehen: Der Mechaniker ging abends gegen 23 Uhr von seinem Dienst nach Hause, wobei er einen Karton mit seinen Toilettenutensilien und einer Taschenlampe bei sich trug. In der Gegend des Detmolder Schloßparks, er hatte gerade ein Gebüsch passiert, wurde er plötzlich von hinten angerufen: „Halt! Stehenbleiben! Polizei!" Der Mechaniker blieb aber nicht stehen, er dachte an einen Überfall, war bis ins Mark erschrocken und lief weg.

Der Polizist in Zivil lief hinterher, entriß dem Mechaniker seinen Karton und, als er ihn nicht einholen konnte, hetzte er den Schäferhund, den er bei sich hatte, auf ihn. Der Schäferhund sprang den Mechaniker an, dieser fiel zu Boden, erwehrte sich des Hundes, der zum Glück einen Maulkorb trug, sonst hätte der Mechaniker sicher schwere Bißverletzungen davongetragen. In diesem Moment rannte der Polizist in Zivil herzu und begann, mit seinem Gummiknüppel auf den Mechaniker einzuschlagen. Eine Schädelprellungen, blutende Platzwunden am Hinterkopf und an der Stirnseite, Blutergüsse an zahlreichen Körperstellen waren die Folgen dieses brutalen Überfalls. Nicht genug damit ordnete die Polizei eine sofortige Hausdurchsuchung bei dem Mechaniker an, natürlich ohne Erfolg.

Der Mechaniker hat den Polizisten verklagt wegen Körperverletzung am Arm. Aber das Gericht entschied auf Freispruch. Die Begründung: Der Mechaniker hätte erkennen müssen, daß es sich nicht um einen Räuber, sondern um einen Polizisten handelt. Dieser Fall von Polizeiterror und seiner Deckung durch die bürgerliche Klassenjustiz hat in Detmold erhebliches Aufsehen erregt, so daß sich sogar die Lokalzeitung gezwungen sah, darüber zu berichten.

Ein Einzelfall ist das nicht. So etwas passiert fast jeden Tag. In Mannheim wurde der junge Arbeiter H.-J. Remiszko von einem Polizeispitzel, den er für einen Räuber hielt, erschossen. Die Polizei — dein Freund und Helfer? Nein, die kapitalistische Polizei — eine Bürgerkriegsarmee, ein Terrorinstrument gegen das Volk.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schubert
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—393. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Isarstr. 10. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

ESSEN

Zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. 27. 2. 76 in Essen-Katernberg in der Gaststätte „Schlegel und Eisen", Uckendorferstr. Beginn 19 Uhr.

Veranstaltung der Roten Garde

WILHELMSHAFEN

Zum Thema: „Reform oder Revolution?" in Wilhelmshafen-Fedderwardergroden, Möwenstr. 68 am 2. 3. 76 um 19 Uhr.

VERANSTALTUNG DER GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS:

Dortmund: Samstag, 6. März, 15 Uhr, Kino in Aplerbeck, „Postkutsche". Es wird der albanische Film „Alte Wunden" gezeigt.